



9. Sitzung

Berlin, Dienstag, 9. April 2002

Inhalt	Seite
--------	-------

Geschäftliches

Genesungswünsche für Frau Bm Schubert	474 (A)
---------------------------------------	---------

II. Lesung

Gesetz zur Ermächtigung für die Übernahme einer Garantie für Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG und deren Tochtergesellschaften

– Drs 15/342 –	474 (A)
----------------	---------

verbunden mit

Beschlussempfehlung

Vermögensgeschäft

– Drs 15/341 –	474 (A)
----------------	---------

und

Anträge

Annahme einer Entschlieung über Zukunftsperspektive für die Bankgesellschaft Berlin AG – Begrenzung der finanziellen Risiken für das Land Berlin

– Drs 15/343 –	474 (B)
----------------	---------

Annahme einer Entschlieung über Risikoabschirmung der Bankgesellschaft

– Drs 15/344 –	474 (C)
----------------	---------

Sen Dr. Sarrazin	474 (C)
------------------	---------

Abg. Müller (SPD)	475 (C)
-------------------	---------

Abg. Zimmer (CDU)	477 (B)
-------------------	---------

Abg. Wolf, Harald (PDS)	478 (D)
-------------------------	---------

Abg. Dr. Lindner (FDP)	480 (C)
------------------------	---------

Frau Abg. Dr. Klotz (Grüne)	481 (D), 483 (D)
-----------------------------	------------------

Abg. Dr. Steffel (CDU)	483 (B)
------------------------	---------

Beschlüsse	496 (A)
------------	---------

Abstimmungslisten	486, 488, 490, 492, 494
-------------------	-------------------------

(A) Präsident Momper eröffnet die Sitzung um 15.11 Uhr.

Präsident Momper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste sowie die Medienvertreter, die heute zahlreich erschienen sind, sehr herzlich. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, damit Sie der Verhandlung folgen können.

Zwei Mitglieder des Senats können an unserer heutigen Sitzung nicht teilnehmen bzw. müssen unsere Sitzung vorher verlassen: Frau Bürgermeisterin und Senatorin Schubert ist auf Grund einer schweren Fußverletzung, wie Sie gelesen haben werden, auf unbestimmte Zeit dienstunfähig und liegt noch im Krankenhaus. Von hier aus wünschen wir Frau Schubert von Herzen im Namen des ganzen Hauses alles Gute, gute Besserung. Ich bitte, das zu übermitteln.

[Allgemeiner Beifall]

Senator Körting wird ab 17.30 Uhr den Senat bei der Gedenkveranstaltung in Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Ghetto vertreten.

Wir können nun in die Tagesordnung eintreten. Ich rufe auf die

Ifd. Nr. 1, Drucksache 15/342:

II. Lesung der Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz zur Ermächtigung für die Übernahme einer Garantie für Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG und deren Tochtergesellschaften, Drucksache 15/208, gemäß Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 9. April 2002

in Verbindung mit

Drucksache 15/341:

(B) **Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 9. April 2002 zur Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (Nr. 2/2002 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)**

Für den nun beginnenden ersten Teil der Aussprache muss ich die Öffentlichkeit ausschließen. Nach § 38 Abs. 3 Satz 3 unserer Geschäftsordnung kann die Beratung eines Vermögensgeschäftes im Abgeordnetenhaus nur in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen. Ich bitte daher alle unsere Gäste, die Zuhörer auf den Tribünen, die Vertreter der Medien und die übrigen Verwaltungsmitarbeiter der Senatsverwaltungen, sowie die nicht zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung des Abgeordnetenhauses, den Saal zu verlassen. Ferner bitte ich, die Mikrofonaußenübertragung sowie alle Bild- und Fernsehaufnahmen zu unterbrechen und auch die hauseigene Standkamera sowie die Internetkamera abzuschalten.

[Nichtöffentliche Sitzung von 15.46 bis 17.28 Uhr; hierüber ein vertrauliches Protokoll.]

Präsident Momper: Die Öffentlichkeit ist wiederhergestellt. Ein Teil der Presse ist auch drin; die anderen kommen gleich herein. Ich bitte Sie, Platz zu nehmen, so dass wir fortfahren können. Ich bitte auch, die Gespräche in den Gängen zu beenden.

Ich weise darauf hin, dass Sie inzwischen die dringlichen Beschlussempfehlungen des Hauptausschusses vom heutigen Tage – die Drucksachen 15/341, 15/342 – sowie zu der letztgenannten Beschlussempfehlung einen Gruppenänderungsantrag als Ersetzungsantrag mit der Nummer 15/208-1 sowie zwei Entschließungsanträge erhalten haben:

Drucksache 15/343:

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS auf Annahme einer Entschließung über Zukunftsperspektive für die Bankgesellschaft Berlin AG – Begrenzung der finanziellen Risiken für das Land Berlin –

Drucksache 15/344:

Antrag der Fraktion der FDP, der Fraktion der CDU und der Fraktion der Grünen auf Annahme einer Entschließung über Risikoabschirmung der Bankgesellschaft

Wir fahren nun mit den Beratungen in öffentlicher Sitzung fort. Dazu steht den Fraktionen in der Aussprache eine Redezeit von bis zu 10 Minuten zur Verfügung. In der Aussprache beginnt der Senator für Finanzen. – Bitte schön, Herr Dr. Sarrazin, Sie haben das Wort.

Dr. Sarrazin, Senator für Finanzen: Vielen Dank! – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht ganz einfach, jetzt noch einmal das in öffentlicher Rede zu sagen – aber doch in Abwandlung, damit Sie sich nicht langweilen –, was ich schon teilweise in nichtöffentlicher Rede gesagt habe. Deshalb werde ich die Dinge jetzt in der Aussage etwas straffen.

Ich bin zunächst dafür dankbar, dass ich letztlich, wenn man die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses mit dem gemeinsamen Änderungsantrag der drei Oppositionsparteien vergleicht, eine weitgehende Übereinstimmung feststellen kann. Ich stelle fest – darüber bin ich als Finanzsenator natürlich erfreut –, das ganze Haus ist sich einig, es soll eine **Garantie für das Immobiliendienstleistungsgeschäft der Bankgesellschaft** in der von uns beantragten Größenordnung geben. Ich stelle weiter fest, das ganze Haus ist sich darüber einig, die Bankgesellschaft soll möglichst zügig verkauft werden.

Es gibt gewisse Meinungsunterschiede – das wäre schon fast zu viel –, gewisse Akzentunterschiede, was Daten angeht. Die Regierungseite hat sich dagegen gewandt – das wird auch von uns unterstützt –, jetzt bereits zeitlich festzulegen, wann die IBB aus dem Konzern Bankgesellschaft herausgelöst werden soll. Dass sie herausgelöst werden muss, darüber sind sich alle einig.

(D) Es gibt außerdem gewisse Auffassungsunterschiede darüber, ob es unbedingt zweckmäßig ist, die Abarbeitung des Immobiliendienstleistungsgeschäfts in einer landeseigenen Gesellschaft durchzuführen. Ich habe meine persönlichen Vorbehalte dagegen deutlich gemacht, bin aber bereit, mich der besseren Einsicht oder Konstruktion zu fügen. Das sollten wir weiterhin offen erörtern.

Da nun die Öffentlichkeit dabei ist, möchte ich kurz noch sagen, weshalb wir keine Alternative zu dem vorgeschlagenen Weg haben oder hatten. Ich will nicht weiter eingehen auf die üble Vorgeschichte, wie es soweit kommen konnte. Das haben wir hier bereits öfters behandelt. Es gibt grundsätzlich drei Wege, mit der augenblicklichen Lage umzugehen. Der erste Weg ist der von uns jetzt vorgeschlagene Weg. Er wird das Land am Ende, im Ergebnis, mit einem Betrag zwischen 3 und 4 bis 4,5 Milliarden € belasten.

[Schroffeneger (Grüne): Glauben Sie!]

Wir gehen im Augenblick als Basis-Fall von 3,7 Milliarden € aus. Ich persönlich glaube, dass wir sogar am Ende, wenn wir in 10 Jahren eine Teilabrechnung haben, unter diesem Betrag geblieben sein werden. Das ist der erste Weg. Er ist unschön genug.

Der denkbare zweite Weg wäre, dass wir denselben Effekt durch eine **Kapitalzuführung an die Bankgesellschaft** erreichen. Diese Kapitalzuführung – über diese Zahlen sind sich alle Beteiligten einig – müsste 6 Milliarden € betragen. Das heißt, wir haben die Alternative, einen Betrag von etwa 3,7 Milliarden €, zahlbar in 10 bis 15 Jahresraten – das ist der von uns vorgeschlagene Weg – oder einen Betrag von 6 Milliarden € jetzt, sofort, wenn wir heute nicht zustimmen, morgen in das Unternehmen einzuzahlen, ein Weg, der unvergleichlich viel teurer ist, zumal wir diesen Betrag nie wieder in einem Verkauf würden erlösen können.

[Unruhe]

- (A) **Präsident Momper:** Herr Senator! Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Die Aufmerksamkeit von Teilen des Hauses wird Ihnen leider nur eingeschränkt zuteil.

Dr. Sarrazin, Senator für Finanzen: Das registriere ich auch mit Bedauern.

Präsident Momper: Ich bitte die verschiedenen Gruppen, sich anderswo zu besprechen.

Dr. Sarrazin, Senator für Finanzen: Ja, die Luft ist raus aus dem Thema. Das war klar nach der nichtöffentlichen Sitzung.

[Gelächter bei den Grünen –
Wieland (Grüne): Die Ruhe vor dem Sturm!]

Präsident Momper: Bitte, fahren Sie fort!

Dr. Sarrazin, Senator für Finanzen: Der dritte denkbare Weg wäre eine **Insolvenz der Bankgesellschaft**. Es ist bereits vielfältig dargelegt worden, dass über die sogenannten Haftungsketten am Ende eine Insolvenz des Immobiliendienstleistungsgeschäfts zu einer Insolvenz der Bankgesellschaft führen würde und diese entweder – ich nenne in öffentlicher Sitzung keine ins Einzelne gehenden Zahlen – zu einer gewaltigen Belastung der Landesbank geführt hätte, die wir als Gewährträger ausgleichen müssten, oder, wenn wir uns weigern würden, auch zu einer Insolvenz der Landesbank. Dieser Weg wäre unabhängig von den wirtschaftlichen und politischen Implikationen der mit Abstand teuerste. Ich habe wiederholt öffentlich gesagt, dass uns dieser Weg mindestens 20 Milliarden € kosten würde. Ich will auch hier diese Zahl noch einmal nennen. Die wahrscheinlichen Beträge lägen noch wesentlich höher.

- (B) Dies ist aber, so dramatisch diese Zahlen sein mögen, für mich gar nicht das Entscheidende. Für mich ist etwas anderes viel entscheidender. Zwei Punkte: Erstens wäre es der erste Fall, dass ein Eigentümer, der nicht zahlungsunfähig ist – und wir sind als Land Berlin noch nicht zahlungsunfähig –, eine Bankgesellschaft in die Insolvenz gehen ließe. Das hat es in Deutschland und in ganz Europa noch nie gegeben. Dies würde für Berlin einen unermesslichen politischen Schaden mit sich bringen. Wir würden in vieler Hinsicht nicht mehr ernst genommen werden.

Der andere Punkt ist möglicherweise noch viel gewichtiger. Wir würden Zehntausende, Zigtausende von mittelständischen Kunden, mit teilweise gewerblichen Unternehmen, Selbständige usw., die zum Konzern Bankgesellschaft in wirtschaftlichen Beziehungen stehen, von einem Tag auf den anderen ihrer Hausbank berauben. In dem augenblicklichen wirtschaftlichen Umfeld würde dies nach unserer Einschätzung Tausende von **Anschlusskonkursen im mittelständischen Bereich** bedeuten. Das können wir im Ernst in Berlin nicht wollen. Was das an Schaden verursacht, können wir auch durch 10 Jahre Wirtschaftsförderung mit vielen Milliarden Euro Wirtschaftshilfe nicht mehr ausgleichen. Darum ist der Weg einer Insolvenz nur ein Weg, den man sich auch mal überlegen kann, um ihn sich vor Augen zu führen, er ist aber kein Weg, der zu irgendeinem Zeitpunkt gangbar gewesen wäre.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Nun abschließend zum Thema Zukunft der Bankgesellschaft. Wir sind häufig gefragt worden – auch ich in den letzten Tagen immer wieder –, ob es das nun gewesen sei, ob nun die Bankgesellschaft eine wirklich sichere Zukunft habe. Die Antwort zu Punkt 1 ist Ja, das ist es gewesen, was das Land einzahlt in die Bankgesellschaft. Die Antwort zum Punkt 2 ist Nein. Keine Bank im heutigen Umfeld hat eine wirklich sichere Zukunft, nicht einmal die Deutsche Bank. Und man kann auch nicht von heute aus fünf bis acht Jahre in die Zukunft schauen.

Auch das ist ein Grund, warum wir uns als Eigentümer von der Bankgesellschaft möglichst schnell trennen wollen. Das Land Berlin ist als Eigentümer durch die Ereignisse der letzten Jahre

politisch verbrannt. Wir tun den Arbeitsplätzen im Unternehmen Bankgesellschaft, wir tun dem Bankstandort Berlin, wir tun dem Wirtschaftsstandort Berlin den besten Gefallen, wenn wir jetzt möglichst bald die **Bankgesellschaft in andere**, kompetente unternehmerische **Hände** geben. Und es sind im Augenblick nach wie vor drei denkbare Investoren ernsthaft interessiert. Wir können jetzt diesen Prozess, wenn heute über die Garantie entschieden wird, mit ganz anderer Energie angehen, als es in den vergangenen Wochen und Monaten der gewissen Hängepartie möglich war. Ich persönlich bin auch relativ zuversichtlich, dass wir bis Ende Mai unter diesen Investoren einen sogenannten preferred bidder haben werden, das heißt, einen Bieter, mit dem wir bis zum Herbst die abschließenden Verhandlungen führen können. Und die Bereitschaft des Landes, sich vom Unternehmen Bankgesellschaft zu trennen und es in andere, verantwortliche Hände zu geben, mag auch die Öffentlichkeit bitte als eine nicht unbedingte Bereitschaft – natürlich müssen die Bedingungen stimmen –, aber als eine außerordentlich bestimmte Bereitschaft sehen und als einen unbedingten Willen, dies auch im Endergebnis umzusetzen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD – Einzelzelter Beifall bei der PDS]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Senator! – Die Redefolge der Fraktionen richtet sich jetzt nach deren Stärke. So ist der Ältestenrat übereingekommen. Für die Fraktion der SPD hat nunmehr der Fraktionsvorsitzende Müller das Wort. – Bitte schön, Herr Müller!

Müller (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen heute mit Sicherheit vor einer der schwersten und wichtigsten Entscheidungen, nicht nur dieser Legislaturperiode. Und ich bin überzeugt, dass dies allen Abgeordneten dieses Hauses auch bewusst ist. Alle Abgeordneten hatten in der Vergangenheit, in den letzten Wochen und Monaten, die Gelegenheit, sich intensiv zu informieren in diversen Gesprächsrunden, die wir dazu angeboten haben, wo Informationen von den Beratern aus der Bank heraus auch an die Fraktionen vermittelt wurde. In diversen Ausschusssitzungen – bis heute ja noch – war es möglich, sich zu informieren, und auch durch die Einsicht in die entsprechenden Unterlagen im Datenraum konnte man sich einen Überblick in diese zweifellos schwierige Materie verschaffen. Ich kann für meine Fraktion sagen: Wir haben diese Angebote auch intensiv genutzt.

[Niedergesäß (CDU): Bravo!]

Wir wollten auf einer guten Grundlage heute entscheiden können. Und alle 44 SPD-Abgeordneten haben, wie gesagt, diese Beratungen angenommen und haben sich informiert.

[Niedergesäß (CDU): Wir waren auch da!]

Viele von uns haben sich, als sie begonnen haben, sich mit dieser Materie intensiv zu befassen, genau wie viele andere Menschen gefragt: Wie konnten wir in diese katastrophale Situation kommen? Wie konnte die Bank in diese katastrophale Situation kommen? – Ich sage ganz deutlich: Ich halte die Idee, aus den Anfängen der 90er Jahre grundsätzlich für richtig, **Berlin** neben Frankfurt zu einem **internationalen Finanzplatz** zu machen. Ich kann daran nichts Schädliches erkennen, diesen Wirtschafts- und Finanzstandort und auch die mittelständische Wirtschaft hier mit einem Geldinstitut stärken zu wollen. Ich halte diese Idee nach wie vor für richtig.

Aber ich sage auch, es gibt etliche Gründe für das Scheitern und für diese Situation. Da ist es in erster Linie auch die Konstruktion, die dort geschaffen wurde, die Konstruktion, eine Verbindung von öffentlichen und privaten Teilen, die es so kein zweites Mal in der Republik gibt, die so einmalig ist. Der maßgebliche Fehler in dieser Konstruktion, die damals geschaffen wurde, ist – auch das muss man hier deutlich sagen, es ist tatsächlich so einmalig –, dass immer alle Risiken des Konzerns letztendlich beim Land Berlin landen. Bei allem Verständnis auch für die damaligen finanz- und wirtschaftspolitischen Ziele muss man heute ganz deutlich sagen: Niemand in diesem Hause

Müller

- (A) – davon gehe ich wirklich aus – würde heute noch einmal auf die Idee kommen, solch ein Gebilde zu schaffen. Ich glaube, das ist nur aus der damaligen Situation noch zu erklären.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS –
Niedergesäß (CDU): Staffelt! –
Frau Dr. Klotz (Grüne): Damals gab es auch Kritiker
dieser Konstruktion!]

– Natürlich gab es damals auch Kritiker, aber es gab damals auch eine besondere Situation, in der diese Entscheidung getroffen wurde.

[Cramer (Grüne): Es ist immer eine besondere Situation!]

Und da bin ich gleich beim nächsten Punkt, nämlich den Rahmenbedingungen des Landes Berlin. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, in welchem Umfeld, in welchem politischen Umfeld wir auch in den Fraktionen, in den Parteien diskutiert haben in der damaligen Zeit, in welcher Euphorie, was wir alle miteinander erwartet haben für diesen Standort. Ich kann mich sehr gut daran erinnern: 5 Millionen Einwohner, Bauboom, alle Konzernzentralen kommen nach Berlin, wirtschaftlicher Aufschwung, viele Hunderttausend Arbeitsplätze. – Vor diesem Hintergrund, Frau Klotz, vor dieser Diskussion wurde damals diese Entscheidung getroffen. Daran hat niemand allein Schuld, dafür gibt es keinen Alleinverantwortlichen, aber wir müssen heute zur Kenntnis nehmen, dass diese Erwartungen nicht erfüllt wurden, dass die Realität heute an der Stelle eher enttäuschend ist.

Der zweite Grund ist mit Sicherheit, dass sich selbst in den kühnsten Träumen niemand vorstellen konnte, welches Missmanagement, welches Unvermögen und zum Teil auch welche **Verantwortungslosigkeit in der Bank** um sich greifen würden. An der Stelle muss man einfach immer auf einen ganz besonders berühmt-berüchtigten Fall hinweisen, wo mit Sicherheit auch die Verquickung von politischem Mandat und politischer Macht mit machtvoller Vorstandsfunktion in der Bank – ich will es an der Stelle ganz vorsichtig formulieren – nicht besonders hilfreich war für die Entwicklung der Bank.

(B)

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der PDS –
Niedergesäß (CDU): Oh!]

Das war mit Sicherheit auch ein Grund, nicht allein, aber mit Sicherheit auch ein wesentlicher Grund für diese Situation. Und das hört an der Stelle leider auch nicht auf. Auch das muss man hier einmal ganz deutlich sagen.

[Zuruf des Abg. Wansner (CDU)]

Wenn gestern noch der Anwalt von Herrn Landowsky, Herr Wellmann, von einer „unverantwortlichen Kapitalvernichtung dieses Senats in den letzten 12 Monaten“ spricht, dann muss man doch wirklich fragen: Wo leben wir hier eigentlich?

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen –
Wansner (CDU): Oh!]

Erst einmal: Was heißt hier: „dieser Senat in den letzten 12 Monaten“? In den ersten Monaten der letzten 12 Monate war Herr Diepgen noch verantwortlich, zusammen mit Herrn Branoner und Herrn Kurth in den entsprechenden Aufsichtsräten.

[Niedergesäß (CDU): Die Sozis
hast du vergessen aufzuzählen!]

Und dann zu sagen, das Problem, vor dem wir jetzt stehen, hätte allein mit dieser Kapitalvernichtung in den letzten Monaten zu tun, blendet natürlich völlig aus, was in den Jahren davor passiert ist. Das ist wirklich die organisierte Verantwortungslosigkeit, was Sie da machen.

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

(C) Dieser Zustand musste beendet werden. Und wir haben ihn beendet. Auch durch die **Einsetzung des Untersuchungsausschusses** haben wir Licht in das Dunkel auch solcher Machenschaften gebracht.

[Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

Und der Untersuchungsausschuss arbeitet weiter in dieser Legislaturperiode. Wir haben darüber hinaus praktisch den kompletten Vorstand in der Bankgesellschaft ausgewechselt. Und gegen viele Verantwortliche wird mittlerweile auch juristisch vorgegangen. Das wird auch so weitergehen. Wir werden an dieser Stelle nicht nachlassen.

Wir haben aber gleichzeitig – auch im letzten Sommer – mit der Kapitalzuführung unsere Verantwortung für die wirtschaftliche Gesundung der Bank übernommen. Diesen begonnenen Weg führen wir heute mit unserer Entscheidung fort. Aus meiner Sicht ist – auch das muss man auf den Punkt bringen – diese Entscheidung heute eine Entscheidung für oder gegen die Bank. Was heißt das? – Es gibt ja einige, die uns nach wie vor raten, lasst das, stimmt dieser Risikoabschirmung, dieser Garantieerklärung nicht zu. Das kann aus meiner Sicht kein Weg sein, den wir gehen können, weil die Folgen unabsehbar wären.

[Beifall bei der SPD –
Beifall des Abg. Wolf, Harald (PDS)]

Da muss ich auch noch einmal auf den Kollegen Eßer reagieren – ich sehe ihn im Moment nicht –, der in seiner Rede vorhin deutlich gesagt hat, er halte es für einen möglichen Weg, jetzt nicht zuzustimmen, und dann werden wir mal sehen, was passiert, die Folgen, na ja, gut, vielleicht ändert sich das Schild an der Bankgesellschaft, und dann kommt ein neuer Eigentümer.

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Er hat noch
ein bisschen mehr gesagt!]

(D) Glauben Sie das im Ernst, dass dieses wichtigste Unternehmen des Landes Berlin mit all den Aufgaben, mit all den Risiken hier in so eine Schieflage geraten kann, ohne dass wir handeln, und alles geht so weiter wie bisher? Das kann doch nicht im Ernst Ihre Auffassung sein. Nein – es hätte unabsehbare Folgen, wenn wir unsere Verantwortung hier nicht übernehmen. In erster Linie hätte es natürlich auch finanzielle Auswirkungen für das Land Berlin, denn am Ende – das ist die besondere Konstruktion und Situation bei dieser Bank – haftet immer das Land Berlin.

Wenn sich die Regierungskoalition so verhalten und eine Risikoabschirmung ablehnen würde, wie es Teile der Opposition hier ansprechen, dann müsste die Bank ihre Arbeit einstellen – nicht anonym irgendein Unternehmen, irgendeine Bank, sondern unsere Bank. Wir sind Eigentümer dieser Bank. Diese Folgen wären unabsehbar – nicht nur für den Haushalt, sondern auch für die Arbeitsplätze im Konzern, für den Finanzstandort Berlin und insbesondere auch für die Kunden der Sparkasse, den Mittelstand – der Finanzsenator ist schon darauf eingegangen. Das muss man deutlich sagen. Wer ist hier eigentlich Betroffener? Das sind insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen, deren wirtschaftliches Wohlergehen uns natürlich besonders am Herzen liegt. Aus diesen Gründen müssen wir uns engagieren.

Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dieser Entscheidung, der Zustimmung zu der Risikoabschirmung, die wir treffen werden, auf dem richtigen Weg – bei allen Unsicherheiten; da muss man ehrlich bleiben – für eine mögliche Gesundung der Bank sind – für den Erhalt der Arbeitsplätze im Konzern, für den Finanzstandort Berlin, für die Kunden und auch für die Handlungsfähigkeit der Bank.

Eigentlich reden wir hier heute über die Vergangenheit. Es geht darum, sich zu engagieren und für die Vergangenheit Verantwortung zu übernehmen. Das ist aber an der Stelle nicht alles. Wir haben in unserem Entschließungsantrag auch Ziele für die Zukunft formuliert. Auch dahin gehend ist mir die Rolle der Opposition nicht ganz klar. Wenn man sich die Anträge, die uns

Müller

- (A) vorliegen, einmal nebeneinander legt und substantiell vergleicht, wo die Differenzen sind, kann ich sie im Wesentlichen nicht erkennen.

[Dr. Steffel (CDU): Dann stimmen Sie doch zu!]

Die meisten Punkte, die in den Oppositionsanträgen aufgeführt sind, finden sich in unserem Entschließungsantrag wieder.

[Zurufe]

– Natürlich ist es so, Frau Klotz.

Wir gehen an vielen Stellen sogar noch weiter. Wir werden prüfen, inwieweit man an die Manager, die sich die sogenannten Promifonds untereinander angeboten haben, herantreten kann, um wenigstens ein Stück der entstandenen Verluste wieder her-einzuholen. Dazu gehört auch die Prüfung der Frage, inwieweit man bestimmte Verträge rückabwickeln und von Verantwortlichen Schadensersatz eingeklagen kann. An den Stellen gehen wir weiter als die Opposition. Da muss man fragen: Sind Sie an diesem Punkt nicht interessiert?

[Zurufe von den Oppositionsfractionen]

Warum taucht das in Ihren Entschließungsanträgen nicht auf?

Präsident Momper: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss!

Müller (SPD): Aus meiner Sicht können Sie dem zustimmen. Die heutige Entscheidung ist mit Sicherheit kein Freibrief für die Bankvorstände, sondern es geht darum, sich grundsätzlich neu zu orientieren, überhaupt das Überleben der Bank zu ermöglichen. Und es geht natürlich auch um den möglichen Verkauf der Bankgesellschaft. Auch da sind wir inzwischen in einer neuen Qualität der Diskussion. Natürlich ist uns das Vorantreiben eines Verkaufs der Bankgesellschaft ganz besonders wichtig – aber auch zu erträglichen Bedingungen für das Land Berlin, die Beschäftigten und die Kunden. Wir dürfen uns trotz dieser Situation nicht erpressen lassen.

(B)

Was ist unsere heutige Verantwortung? – Es ist die, heute eine Entscheidung zu treffen, damit die Bankgesellschaft überhaupt eine Zukunft hat. Deswegen gehen wir diesen schweren Weg, den wir uns alle nicht leicht gemacht haben. Ich hoffe, dass jedes Mitglied dieses Hauses sich seiner Verantwortung bewusst ist und mit seiner Entscheidung dazu beiträgt, dass das Überleben der Bank gesichert werden kann.

Bei dieser wichtigen Entscheidung haben wir uns alle aufeinander zubewegt. Wir haben in den Ausschüssen und auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden miteinander um viele Formulierungen gerungen. In vielen Teilen gab es Übereinstimmungen. Vorschläge der Opposition sind eingearbeitet worden.

Präsident Momper: Kommen Sie bitte zum Schluss!

Müller (SPD): Herr Präsident, das tue ich. – Ich glaube, wir haben mit den Anträgen, die die Koalition vorlegt, eine gute Entscheidungsgrundlage. Jeder Einzelne ist in der Verantwortung für das Land Berlin und die Bank, und ich appelliere an jeden Einzelnen, diese Verantwortung wahrzunehmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der PDS –
Beifall des Abg. Ratzmann (Grüne)]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Müller! – Für die CDU-Fraktion hat der Kollege Zimmer das Wort! – Bitte, Herr Zimmer!

Zimmer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir alle – jeder Einzelne von uns – müssen heute eine Entscheidung treffen, die von besonderer Tragweite und Bedeutung ist. Kaum ein Parlament hat wohl je vor einer Entscheidung gestanden, die faktisch die Zukunft des Landes an das unternehmeri-

sche Geschick einer Bank knüpft. Das sagte ich in nichtöffentlicher Sitzung und wiederhole es in öffentlicher Sitzung, weil es von besonderer Bedeutung sein wird – auch für das, was jetzt kommt, nämlich das, was unsere Anträge von denen der Regierungskoalition unterscheidet.

(C)

Herr Kollege Müller, den Unterschied haben Sie wahrscheinlich schon erkannt, denn er ist sehr deutlich: Wir haben an zwei Punkten eine substantiell andere Auffassung davon, wie es mit der Bankgesellschaft weitergehen soll, denn – das kann ich vorweg sagen – der eine Unterschied liegt darin, was wir nicht wollen, nämlich ein „Weiter so wie bisher“. Diese Möglichkeit eröffnen Sie mit Ihrem Antrag. Wir wollen das ausschließen.

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

Und der zweite fundamentale Unterschied ist, dass wir nicht wollen, dass in der Bankgesellschaft oder in einer ihrer Tochterfirmen oder einer zu gründenden Tochterunternehmung ohne **Kontrolle dieses Parlaments**, das heute die Zustimmung zur Risikoabschirmung in der besagten Größenordnung geben soll, ohne Kontrolle der gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier mit unserem Geld gearbeitet wird und wir keinen Einfluss darauf haben, was am Ende dabei herauskommt. Das geht nicht.

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

Nun sollen wir **Abgeordnete** entscheiden. Dabei muss man vielleicht noch eine Frage anschneiden, die hier noch nicht thematisiert wurde – jedenfalls nicht ausreichend –: Können eigentlich alle hier entscheiden? Ich frage auch ganz bewusst Herrn Senator Strieder, ob er heute – bei einer Frage, wo man sich in der Tat im Hinblick auf die Geschäftsordnung, die wir uns selbst gegeben haben, fragen muss, ob **Befangenheit** vorliegt – mit abstimmt? – Herr Strieder, in unserer Fraktion gibt es mehrere Kolleginnen und Kollegen, die erklärt haben, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werden, weil sie jeden Anschein vermeiden wollen, dass es hier um eine Interessenkollision geht. Dieses Feingefühl besitzen Sie nicht im Ansatz. Das haben Sie in der Vergangenheit nicht besessen, und ich nehme an, Sie haben es auch heute nicht – es sei denn, Sie befehlen mich eines Besseren. Das würde mich überraschen.

(D)

[Beifall bei der CDU]

Wir sollen heute auf der Grundlage einer ganzen Papiermenge entscheiden, die immer noch hier hinten steht. Wir sollen auf der Grundlage von Beratungen entscheiden, die wir lange und intensiv geführt haben. Aber waren sie lange genug? – Ich glaube, sie waren nicht lange genug, um eine Entscheidung von dieser Tragweite im Detail zu durchdringen. Kein Unternehmen hätte ein Geschäft in dieser Größenordnung auf dieser **unsicheren Datengrundlage** abgeschlossen. Woran liegt es? – Es liegt unter anderem daran, dass diese Entscheidung für alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier nicht ausreichend vorbereitet wurde und dass die Informationen, die wir gebraucht haben, um uns sachgerecht damit auseinander zu setzen, uns nur peu à peu, auf drängendes Nachfragen hin und teilweise erst vor fünf Stunden zugänglich gemacht wurden. Das ist kein Stil, kein Umgang. Das hat wenig mit Verantwortungsbewusstsein derjenigen zu tun, die heute die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf von uns verlangen.

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

Was bislang überhaupt nicht intensiv diskutiert worden ist bzw. werden konnte, weil wir uns erst in der gestrigen Sitzung mit Zahlen auseinander setzen konnten, ist die Frage, ob es **Alternativen zu der Risikoabschirmung** in der heute vorliegenden Art gegeben hätte. Man kann zu dem Ergebnis kommen – ich glaube, dass das eine Mehrheit des Hauses tut –, dass es nach jetzigem Stand der Dinge und am heutigen Tag keine Alternative zur Risikoabschirmung mehr geben wird. Haben aber in der Vergangenheit andere Möglichkeiten bestanden? Hat man möglicherweise den Zug in eine bestimmte Richtung fahren lassen, so dass es mittlerweile zu spät ist, die Weichen umzustellen? – Ich meine damit die Zeit des vergangenen Jahres ungefähr.

Zimmer

- (A) Diese Frage müssen wir uns sehr intensiv stellen, und zwar nach der heutigen Abstimmung. Wir werden uns darüber unterhalten müssen – man wird sehen, ob das in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss oder einem anderen Gremium dieses Hauses geschieht –, wie es passieren konnte, dass noch im Sommer des vergangenen Jahres ein wesentlicher Grund dafür gesetzt wurde, dass die **Risiken im Immobiliendienstleistungsbereich** unmittelbar bei der **Bankgesellschaft Berlin** und unmittelbar beim Land Berlin ankommen. Dabei muss man auch insbesondere den Regierenden Bürgermeister Wowereit fragen, der sagt – und damit verrate ich wohl kein Detail aus einer nichtöffentlichen Sitzung –, eine solche Entscheidung habe er getroffen, weil man ihm das so aufgeschrieben habe. Herr Wowereit! So kann man Verantwortung als Regierender Bürgermeister nicht wahrnehmen.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall des Abg. Eßer (Grüne) –
Dr. Lindner (FDP): So ist es!]

Im Übrigen ist ein Geschäft dieser Größenordnung mit den bekannten Folgen – in summa bekannt – auch nie durch das Parlament gegangen. Das hätte es rein formaljuristisch vielleicht auch nicht müssen. Diese Frage wäre auch noch zu klären. Aber trotzdem muss man feststellen, dass eine Transaktion dieses Ausmaßes faktisch hinter geschlossenen Türen passierte, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo die Krise der Bankgesellschaft jedenfalls in diesem Umfang schon absehbar war. Das ist allerdings auch ein Hintergehen des Parlamentes, das ich für nicht hinnehmbar halte. Das ist mit ein Grund, warum so viele Kolleginnen und Kollegen so misstrauisch sind, wenn es darum geht, dieser Risikoabschirmungsvereinbarung bzw. diesem Gesetz zuzustimmen.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

- (B) Bislang hat noch keiner den Zweifel hinsichtlich der Frage ausräumen können, was passiert, wenn trotz einer Risikoabschirmung, wie wir sie heute vornehmen, bei der Bankgesellschaft eine Insolvenz eintritt. Ich kann Ihnen verraten, was passiert: Auf das Land Berlin werden nicht nur die Kosten zukommen, die bei einer Insolvenz ohnehin auf uns zugekommen wären. Nein! Wir übernehmen aufgrund der Risikoabschirmungsvereinbarung und aufgrund des Gesetzes, welches wir heute verabschieden, noch einen Großteil mehr, und zwar einen beträchtlichen Betrag in Milliardenhöhe.

Deswegen haben wir einen **alternativen Entwurf** eingebracht, zu dem ich gleich noch ein, zwei Worte sagen möchte, damit man auch versteht, warum wir uns heute als CDU-Fraktion unserer Verantwortung nicht entziehen werden, warum wir aber auch dem vorliegenden Entwurf nicht zustimmen können. Denn bei der Formulierung des vorliegenden Gesetzentwurfs sind Essentials nicht beantwortet und nicht bedacht worden. Die Frage lautet: Was passiert mit unserer Garantie, die wir abgegeben haben, im Fall der Insolvenz der Bankgesellschaft aus einem anderen Grunde? – Jeder, der Zeitung liest oder Fernsehen sieht, weiß, dass Insolvenzen besonderer Größenordnung heute leider an der Tagesordnung sind. Hierzu hätte ich auch etwas mehr erwartet als ein Stück Papier, das uns heute in die Hand gedrückt wurde – von mehr oder weniger berufener Stelle, insbesondere ohne Stellungnahme des Senats, der letztendlich die Verantwortung gegenüber diesem Hause hat.

Nun lese ich heute in einer Agenturmeldung, dass die **Europäische Kommission** sich auch fragt, wie es eigentlich aussieht –

[Zurufe von der SPD]

– Ja, meine Damen und Herren, ob es Ihnen nun gefällt oder nicht: Es ändert doch nichts daran, dass wir als gewählte Parlamentarier und die Öffentlichkeit das aus Pressemeldungen erfahren, der Senat aber hier sitzt und auf Nachfrage nebulöse Antworten gibt, obwohl es doch im Zusammenhang mit dieser Risikoabschirmung um eine existentielle Frage geht.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen –
Zuruf des Abg. Niedergesäß (CDU)]

- (C) All das, Herr Müller – und da müssen Sie nicht mit dem Kopf schütteln –, was hier erarbeitet worden ist und worüber wir heute abzustimmen haben, könnte aufgrund einer Entscheidung der Europäischen Kommission Makulatur sein. Dann haben wir aber wirklich ein Problem, denn dann ist alles falsch gemacht worden, was man im Zusammenhang mit der Risikoabschirmung bei der Bank falsch machen konnte.

Mir ist auch noch nicht klar geworden – ich warte noch auf eine Erklärung –, wie beispielsweise die **anderen Anteilseigner der Bankgesellschaft** mit an der Risikoabschirmung beteiligt werden und wie diese die Vorteile, die sie aufgrund dieser Entscheidung des Landesparlamentes haben werden, angemessen an die Bankgesellschaft zurückgeben. Wir warten darauf, dass der Senat entsprechend tätig wird. Es gibt Absichtserklärungen, aber es hat in der Vergangenheit schon viele Absichtserklärungen gegeben. Ob diese stichhaltig sind, wird man am Ende des Prozesses sehen. Ich habe hier einige Befürchtungen.

Wo ist an dieser Stelle bei einer Entscheidung von dieser Tragweite – und das hätte ich im Mindestmaß erwartet – beispielsweise eine Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters? – Wir reden hier über ein Volumen, das in der maximalen Summe der Risikoabschirmung den Landeshaushalt locker überschreitet, und das sollen wir heute beschließen. Diese Entscheidung bindet und beeinflusst das Land Berlin auf die nächsten 30 Jahre. Da hätte der Regierende Bürgermeister etwas mehr sagen müssen als ein oder zwei nichts sagende Aussagen innerhalb der nichtöffentlichen Sitzung.

[Beifall bei der CDU, der FDP und den Grünen]

Wir hätten vom Senat bzw. von der Mehrheit in diesem Hause erwartet, dass in einer Risikoabschirmungsvereinbarung und in einem Gesetz geregelt ist, wie es mit der Bankgesellschaft in Zukunft weitergeht, und dass unumkehrbar festgeschrieben wird, dass diese **Bankgesellschaft** – die als Staatsunternehmen offensichtlich nicht in der Lage war, erfolgreich zu handeln, sondern im Gegenteil die grausamsten Verluste produziert hat, die man sich vorstellen kann – zügig **veräußert** wird, privatisiert wird und welche Voraussetzungen dafür geschaffen werden – mit festen Terminen und festen Daten. Das bedeutet die Herauslösung der Investitionsbank Berlin als Landesstrukturbank, und das bedeutet selbstverständlich auch die Herauslösung des Immobiliensektors, wo die meisten Risiken vorhanden sind. Und insbesondere bedeutet es die Abarbeitung dieser Risiken unter Kontrolle des Parlaments. Das unterscheidet unseren Gesetzentwurf eklatant von dem der Regierungsfractionen, und deswegen können wir dem Gesetzentwurf der Regierungsfractionen nicht zustimmen. Sie werden die Verantwortung dafür tragen, was dabei herauskommt, wenn Sie denjenigen wieder das Heft in die Hand geben, die in der Vergangenheit so kläglich versagt haben. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei den Grünen –
Zuruf des Abg. Hillenberg (SPD)]

Präsident Momper: Für die Fraktion der PDS hat nunmehr der Fraktionsvorsitzende Wolf das Wort. – Bitte!

Wolf, Harald (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Zimmer, Sie wissen, dass ich Sie durchaus als kompetenten und sachlichen Gesprächs- und Diskussionspartner schätze.

[Ah! von der CDU]

Vor diesem Hintergrund hätte ich mir gewünscht, dass Sie dann, wenn Sie in Ihrer Rede so heftig die Verantwortung des rot-grünen Übergangssenats beklagen, auch einmal einen Satz dazu gesagt hätten, dass die Geschichte dieser Bankgesellschaft und des Dilemmas, das wir zu bewältigen haben, nicht im Sommer 2001 begonnen hat, sondern 1993 unter einem Senat, der von Eberhard Diepgen und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Landowsky, geführt worden ist.

[Starker Beifall bei der PDS, der SPD, der FDP
und den Grünen – Zurufe von der CDU]

Wolf, Harald

- (A) Das gehört zur Redlichkeit in dieser Auseinandersetzung dazu.

Herr Zimmer! Wenn Sie sagen, wir hätten diese Entscheidung als Regierungsmehrheit zu verantworten, so kann ich Ihnen antworten: Auch wenn Sie sich heute vielleicht bei der Abstimmung aus der Entscheidung flüchten, in der politischen Öffentlichkeit und in der Öffentlichkeit der Stadt stehen Sie – gerade Ihre Fraktion und Ihre Partei – in der **Verantwortung**, und aus der Verantwortung für dieses Desaster, das hier angerichtet worden ist, werden wir Sie nicht entlassen.

[Beifall bei der PDS, der SPD und den Grünen –
Henkel (CDU): Wenn Sie von Desaster reden,
ist das zynisch! – Weitere Zurufe von der CDU]

Herr Zimmer! Wenn Sie als Resümee der nichtöffentlichen Sitzung formulieren, dass dieser Senat und diese Regierungskoalition vorhaben, so weiterzumachen wie bisher und dass sich nichts ändern soll bei dieser Bankgesellschaft,

[Henkel (CDU): Dann hat er Recht!]

so sagen Sie das wider besseres Wissen, denn die Erklärungen, die abgegeben worden sind und die ich noch einmal deutlich benennen werde, sind eindeutig.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Die Erklärung lautet: Die Bankgesellschaft Berlin wird aus der **Eigentümerschaft des Landes** entlassen. Sie wird privatisiert und in andere Verantwortung gegeben, weil das Land Berlin nicht in der Lage ist, die Verflechtung von öffentlichen und privaten Interessen aufzuheben, und weil es nicht in der Lage ist, diese Bank verantwortungsvoll zu führen. – Herr Sarrazin hat das in öffentlicher Sitzung gesagt: Das Land ist als Eigentümer verbrannt, und daraus werden diese Koalition und dieser Senat die Konsequenz ziehen.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

- (B) Zum Zweiten: Wenn Sie sagen, dass das **Kontrollrecht des Abgeordnetenhauses** nicht gewährleistet sei, so sehen Sie sich doch an – Sie kennen das ganz genau, und ich sage es an dieser Stelle noch einmal der Öffentlichkeit –, welche Kontrollrechte für das Abgeordnetenhaus in dem Gesetzentwurf vorgesehen sind: Vierteljährliche Berichte über die einzureichende Controllinggesellschaft, über die Gewährleistung und die Inanspruchnahme aus den Risiken, über den Fortgang der Veräußerungsgespräche und -verhandlungen und über den Fortgang der straf- und zivilrechtlichen Ermittlungen – regelmäßige Berichte an das Abgeordnetenhaus. Bei der geringsten Auffälligkeit kann jeder Abgeordnete intervenieren und Anträge stellen. Das ist eine weitgehende Ermächtigung des Parlaments und bietet ihm Kontrollrechte, die es in vielen anderen Fragen nicht gehabt hat. Und ich sage als jemand, der zehn Jahre in diesem Haus in der Opposition war: Das hatten wir nie, als die CDU an der Regierung war.

[Beifall bei der PDS und der SPD –
Beifall des Abg. Wieland (Grüne) –
Zurufe von der CDU –
Zuruf des Abg. Wieland (Grüne)]

Jetzt aber zu dem entscheidenden Punkt, über den die Öffentlichkeit Anspruch hat, Rechenschaft zu bekommen! Man stellt uns allen immer wieder die Frage: Warum beschließt das Abgeordnetenhaus, warum fühlt ihr euch in der Pflicht und veranlasst, für die **Immobilienrisiken** der Bankgesellschaft in die **Haftung** zu gehen, quasi damit auch Anlegern in Fonds Rendite zu garantieren in einer Situation, in der das Land Berlin nicht in der Lage ist, in ausreichendem Maße Investitionen zu finanzieren; wo das Land Berlin nicht in der Lage ist, alle Bäder in der Stadt zu betreiben; wo das Land Berlin nicht in der Lage ist, in vielen Bereichen Projekte weiter zu finanzieren? – Auf diese Frage muss es eine klare Antwort geben. Die Abgeordneten – ich glaube, aus allen Fraktionen – haben sich in den letzten Wochen intensiv mit dieser Frage und mit möglichen Alternativen zu dieser Risikoabschirmung beschäftigt. Wie ich dem Antrag der Opposition entnehme, der auch davon ausgeht, dass die Risikoabschirmung stattfindet und stattfinden muss, sind wir alle zu dem Ergebnis

gekommen, dass diese Risikoabschirmung im Vergleich zu den Alternativen das kleinere Übel ist. Denn die Alternative wäre der Konkurs der Bankgesellschaft, wäre der Konkurs der Sparkasse

[Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

und in dem Zusammenhang eine wesentlich höhere Belastung für das Land Berlin. – Lieber Jochen Eßer, zu deinem Zwischenruf: Die Variante, die Sparkasse über die Anstaltslast weiter aufrecht zu erhalten,

[Eßer (Grüne): Sollte man!]

könnte man realisieren, sie wäre aber auf keinen Fall billiger als die Risikoabschirmung, sondern wesentlich teurer als sie.

[Eßer (Grüne): Einverstanden!]

Dann haben wir es jetzt im gemeinsamen Dialog klargestellt. Aber wir sind uns offensichtlich einig, dass beides unermesslich teurer wäre für das Land Berlin, für den Steuerzahler, und dass es den Landeshaushalt und damit die Leistungsfähigkeit für Bürgerinnen und Bürger, Dienstleistungen zu finanzieren, notwendige Aufgaben des Staates zu gewährleisten, in wesentlich größerem Umfang einschränken würde. Und vor diesem Hintergrund, vor dieser Anwägung sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Risikoabschirmung ein Übel ist – ich sage noch einmal ganz klar: Was wir hier beschließen, müssen, ist abartig; es ist pervers, dass das Land Berlin für derartige Geschäfte in die Haftung treten muss –, aber die Alternative wäre noch um ein Vielfaches schlimmer.

[Zuruf der Frau Abg. Oesterheld (Grüne)]

Es geht auch nicht nur um die Belastung des Landeshaushalts, sondern darum, dass die Bankgesellschaft Berlin Kreditgeber ist für viele öffentliche Unternehmen, zum Beispiel für Wohnungsbaugesellschaften, für unsere Krankenhausbetriebe, aber auch für viele kleine und mittelständische Unternehmen in dieser Stadt. Eine **Insolvenz der Bankgesellschaft** würde die Gefahr mit sich bringen, dass es hier in höheren Größenordnungen zu Anschlussinsolvenzen kommt, zur Vernichtung von Arbeitsplätzen, von Werten in dieser Stadt. Es kann niemand ernsthaft verantworten, dieses Risiko sehenden Auges in Kauf zu nehmen.

[Beifall bei der PDS – Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Die zweite Frage, auf die die Öffentlichkeit Anspruch hat, eine Antwort zu bekommen, ist: Wie konnte es zu der Situation kommen? Wie konnte es zu einer Situation kommen, in der es auf Grund vielfacher rechtlicher und wirtschaftlicher Verflechtungen, die in dieser Bankgesellschaft aufgebaut worden sind, nicht möglich ist, den Immobiliendienstleistungsbereich isoliert in Konkurs gehen zu lassen oder abzuwickeln? – Wenn wir das machen, würden die gesamte Bankgesellschaft, die Sparkasse und die Landesbank, mit in den Strudel gerissen und damit die Kosten für den Landeshaushalt und den Steuerzahler in Gang gesetzt werden. Die Ursache dafür ist, dass sich in der Vergangenheit eine Haftungskette gebildet hat, die im Jahre 1993 mit der Gründung der Bankgesellschaft Berlin ihren Anfang nahm, mit dem Zusammenschluss von öffentlich-rechtlichem Bankbereich, für den gesetzlich das Land und der Steuerzahler haftet, mit dem privaten Bankbereich, mit dem dann Geschäfte gemacht wurden, für die ein normaler privater Banker normalerweise nie die Haftung übernommen hätte, weil sie nicht wirtschaftlich, weil sie nicht rentabel waren. Das Aubis-Geschäft war ein Beispiel dafür. Die Fondsgeschäfte und die unanständigen Garantien, die in diesen Fondsgeschäften gegeben wurden, sind weitere Beispiele dafür. Das ist eine Politik der großen Koalition in den 90er Jahren, die zwei Seiten hatte –

[Zuruf des Abg. Hoffmann (CDU)]

einerseits die Staatsverschuldung in die Höhe zu treiben, andererseits über die Bankgesellschaft in einer Vielzahl von Bereichen unsolide Finanzierungen in dieser Stadt zu betreiben. Das muss man klar sagen. – Lieber Michael Müller, bei aller Wertschätzung – bei aller Euphorie, die viele Anfang der 90er Jahre gehabt haben: Man hat es damals wissen können, dass dieses Konstrukt ein tödliches ist und die Gefahr birgt, genauso zu enden, wie es geendet hat. Es gab 1993 oder 1994, bei der

Wolf, Harald

- (A) Gründung der Bankgesellschaft, Redner, die es in aller Deutlichkeit gesagt haben – an allererster Stelle Michael Schreyer von den Grünen. Aber auch von unserer Fraktion wurde dieses Konglomerat – mit sehr weitsichtigen Worten, die sich leider bewahrheitet haben – kritisiert, und die Folgen wurden an die Wand gemalt. Man hätte es wissen und man hätte es vermeiden können. Insofern hat auch die SPD-Fraktion bei der Abarbeitung dieser Probleme in der Zukunft tätige Reue gegenüber der Bevölkerung und den Steuerzahlern in Berlin zu leisten.

[Beifall bei der PDS –
Vereinzelter Beifall bei der SPD, der CDU,
der FDP und den Grünen]

Ich sage noch einmal ganz klar zum Abschluss – der Finanzsenator hat es auch schon gesagt: Eine Insolvenz dieser Bankgesellschaft ist auch nach der Risikoabschirmung nicht garantiert ausgeschlossen. Deshalb ist für meine Fraktion ganz klar: 1. Die **Bankgesellschaft** braucht einen **neuen Eigentümer**. Er muss das wirtschaftliche Risiko für die Zukunft dieser Bankgesellschaft übernehmen, nicht mehr das Land Berlin.

2. Auch, weil es von der Opposition angesprochen wurde – für uns ist ganz klar: Die **Investitionsbank Berlin** wird aus der Bankgesellschaft als eigenständige Förder- und Strukturbank, als öffentlich-rechtliche Institution herausgelöst.

[Zurufe von der FDP und den Grünen]

– Ich sage Ihnen, warum ich Ihrem Antrag nicht zustimme: Ihr Antrag beinhaltet, dass hier präzise und kurzfristige Daten gesetzt werden. Eine Herauslösung der IBB aus der Bankgesellschaft Berlin kostet circa eine halbe Milliarde Euro.

[Zurufe von der FDP und den Grünen]

Wenn wir nicht den Haushalt mit einer zusätzlichen halben Milliarde Euro belasten wollen, wird das nur gehen im Zusammenhang mit Verkaufsverhandlungen für die Bankgesellschaft.

- (B) [Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

Wer Verkaufsverhandlungen und den Abschluss der Verkaufsverhandlungen mit einem festen, kurzfristigen Termin verbindet, der verspielt auf leichtfertige Art und Weise eine ohnehin schlechte Verhandlungsposition des Landes Berlin. Deshalb machen wir das nicht mit –

[Beifall bei der PDS und der SPD]

nicht deshalb – um es noch einmal ganz klar zu sagen –, weil wir uns davor scheuen, eine schnelle Privatisierung anzugehen; nicht deshalb, weil wir nicht die schnellstmögliche Herausgliederung der IBB wollen, sondern weil wir weiteren Schaden vom Land Berlin durch eine gesetzliche Bindung abwenden wollen, die die Verhandlungsposition des Landes schädigt. Das der einzige Grund, und es ist unverantwortlich, dass Sie das zu einer prinzipiellen Differenz aufzubauschen versuchen.

Präsident Momper: Würden Sie bitte zum Schluss kommen, Herr Kollege!

Wolf, Harald (PDS): In Abwägung aller Risiken, aller Schwierigkeiten und aller Probleme schlage ich und schlägt meine Fraktion vor, dieser Risikoabschirmung zustimmen, im Wissen, dass damit die eigentliche Arbeit erst beginnen wird, nämlich aufzuräumen mit den staatswirtschaftlichen Strukturen, mit Filz und Korruption in dieser Stadt. Daran wird dieses Parlament und daran wird diese Koalition intensiv weiterarbeiten. Die Risikoabschirmung ist kein Schlussstrich, sondern eine Aufforderung, an dem „Ausmisten“ in dieser Stadt weiterzuarbeiten.

[Beifall bei der PDS und der SPD]

Präsident Momper: Danke, Herr Kollege Wolf! – Das Wort für die Fraktion der FDP hat nunmehr der Fraktionsvorsitzende Dr. Lindner. – Bitte, Herr Dr. Lindner!

Dr. Lindner (FDP): Herr Präsident! Verehrte Damen! Meine Herren! Herr Müller, Sie sagten, Sie hoffen, dass sich alle bewusst sind, dass es heute ein sehr verantwortungsvoller Tag ist und dass wir eine sehr gravierende Entscheidung zu treffen haben. Ich bin mir ganz sicher und meine Erfahrung in den Ausschüssen und auch heute in unserer gemeinsamen Runde der Fraktionsvorsitzenden hat mir gezeigt, dass zumindest, was das Parlament anbelangt, sich wirklich jeder sehr bewusst ist, was für eine gravierende Entscheidung wir zu treffen haben. Wir haben eine Entscheidung zu treffen, die nicht nur uns und unseren Haushalt, sondern die vor allen Dingen auch zukünftige Generationen jahrzehntelang belasten wird, ganz egal, wie sich das Haus heute entscheidet.

Wir haben aber nicht nur eine gravierende Entscheidung zu treffen, sondern auch eine schwierige Entscheidung. Diese Aufreihung von Aktenordnung zeigt dies: Es ist ein äußerst komplexer Sachverhalt, der dem Ganzen zu Grunde liegt. Senat und Bankgesellschaft haben uns die Sache – um es zur Begrüßung etwas freundlich auszudrücken – nicht gerade einfach gemacht. Wir haben **Unterlagen** teilweise zögerlich, zum Teil tröpfchenweise bekommen. Zum Beispiel hatte ich in einer der ersten Sitzung des Unterausschusses Vermögensverwaltung um eine gutachterliche Stellungnahme zur Haftungskette gebeten. Wir bekamen gestern im Unterausschuss ein DIN-A 4-Blatt dazu – jetzt, nach Monaten!

Zunächst war diese ganze Aufreihung von Aktenordnung nur für die Delegierten dieses Parlaments im Unterausschuss Vermögensverwaltung bereit gehalten worden.

[Zuruf der Abgn. Dr. Flemming (SPD)
und Frau Dunger-Löper (SPD)]

Wie hatten Sie sich das eigentlich gedacht, wenn wir nicht interveniert hätten, diese ganze Aufreihung von Ordnern 141 Abgeordneten zur Verfügung zu stellen? Hatten Sie sich das so gedacht, dass da die Ordner stehen und alle Abgeordneten zum ersten Mal auf die Deckel statt hinein gucken dürfen?

[Eßer (Grüne): Anscheinend!]

– Anscheinend! Denn tatsächlich wurden diese Ordner erst drei Tage vor dem ursprünglichen Termin zur Risikoabschirmung zugänglich gemacht,

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Wolf, Harald (PDS): Deshalb haben wir das verschoben!]

– Na klar, weil sich niemand das in 2 ½ Tagen ansehen konnte, Herr Wolf! – Letztlich war die Regierung heute im Hauptausschuss noch nicht in der Lage, uns eine schriftliche Endfassung ihres Gesetzentwurfs zu überreichen; das haben wir gerade erst als Tischvorlage bekommen. Da wird einerseits immer erzählt, wie wichtig diese Entscheidung ist, und andererseits bekommt man die Endfassung erst als Tischvorlage.

[Beifall bei der FDP – Beifall des Abg. Wansner (CDU)]

Es ist in der Tat eine gravierende, eine schwierige Entscheidung. Die spannende Frage ist, ob es auch eine **alternativlose Entscheidung** ist. Die Auffassung des Senats, die Auffassung der Bank, der PDS und der SPD ist: Es gibt keine Alternative. Es ist eine alternativlose Entscheidung. – Und im Vorgriff auf diese angebliche Alternativlosigkeit hat man darauf verzichtet, rechtzeitig Berechnungen anzustellen, alternative Berechnungen zur Eigenkapitalerhöhungsvariante, zur Insolvenz, Teilinsolvenz, Insolvenz des Immobiliendienstleistungsbereichs,

[Frau Dunger-Löper (SPD): Das ist alles diskutiert worden!]

eine systematische Darlegung der Haftungsketten, ein Gegenüberstellen von Zahlen, eine synoptische Darstellung von Szenarien. Herr Flemming, darüber können Sie sich aufregen, aber wir haben vorhin schon mehrfach gehört, auch im öffentlichen Teil, dass wir die alternativen Szenarien zum Insolvenzverfahren erst gestern schriftlich bekommen haben, 24 Stunden vor der Abstimmung.

[Widerspruch bei der SPD]

Dr. Lindner

- (A) Diese Diskussion wurde erst möglich – zögerlich – unter dem bohrenden Druck vor allem der Opposition. Und statt hier rechtzeitig für eine offene Debatte zu sorgen, haben Sie sich lieber flankierender Peitschenhiebe des Präsidenten des BAKred bedient, des Herrn Sanio. Der hat dann über Radio oder auch in den Ausschüssen die richtige Stimmung gemacht – dass wir nämlich keine Alternative hätten und dass wir zustimmen hätten.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Ich sage Ihnen: Einen Teil der Verstimmung, die wir heute spüren, hätten Sie sich ersparen können, wenn Sie rechtzeitig Zahlen unterlegt, eine offen und seriös geführte Diskussion gewählt hätten statt dieses Vorgehens.

[Zuruf der Frau Abg. Dunger-Löper (SPD)]

Welches sind aus der Sicht der FDP, aus Sicht der Opposition die Alternativen? – Für uns als FDP ist die erste und wichtigste Frage und Alternative die unbedingte und zwingende Verbindung von **Sanierung, Risikoabschirmung und Veräußerung**. Diese drei Elemente gehören aus ökonomischer Sicht und vor allem aus Sicht des Landes und des Steuerzahlers zwingend zusammen.

[Beifall bei der FDP und der CDU]

Ich frage mich, wie hier eigentlich saniert wird, wenn man gar nicht weiß, welche Richtung der Erwerber einschlagen möchte, welche Filialen, welche Abteilungen, welche Bereiche abgewickelt und welche verstärkt werden. Das kann doch sinnvollerweise nur geschehen, wenn man zumindest weiß, welche Struktur die neuen Gesellschafter haben. Sind das Versicherungen, sind das strategische Investoren, Finanzinvestoren? Das muss man doch wissen können, wenn man seriös sanieren möchte.

[Zurufe der Abgn. Dr. Flemming (SPD) und Frau Dunger-Löper (SPD)]

- (B) Die zweite Sache ist die Risikoabschirmung und Veräußerung. Auch die hätten sinnvollerweise ineinander greifen müssen. Hier hätte man Kaufverhandlungen führen müssen, die potentiellen Erwerber hätten eine due diligence durchgeführt, eine Bewertung des gesamten Unternehmens Bankgesellschaft anstellen können, und dann hätte man in diesem Zuge eine Exilierung des Immobiliendienstleistungsbereichs und eine Risikoabschirmung durchführen können. Dann hätte man die Situation gehabt, dass es einen abgrenzbaren Zeitraum gibt, dass man einen Erwerber hat, der ab einem bestimmten Zeitpunkt das Risiko des Neugeschäfts übernommen hätte. Das wäre der richtige Weg gewesen.

[Beifall bei der FDP –
Zuruf des Abg. Pewestorff (PDS)]

Man hätte die Gefahr ausgeschlossen, dass die Braut geschmückt wird ohne Bräutigam, das heißt, dass die Bankgesellschaft vorbereitet wird, auf unabsehbare Zeit beim Land Berlin zu bleiben. Herr Wolf, da nützen keine Lippenbekenntnisse. Da müssen ganz konkrete Maßnahmen ergriffen werden, die diesen Prozess der Umstrukturierung, der in einer Veräußerung mündet, unumkehrbar machen.

[Zuruf des Abg. Pewestorff (PDS)]

Diese Vorschläge haben wir als Opposition gemacht.

Wir haben unter anderem vorgeschlagen, dass die IBB in einer bestimmten Frist ausgegliedert wird. Das ist eine zwingende Veräußerungsvoraussetzung. Wenn Sie sagen, das koste eine bestimmte Summe Geld: Na gut, Herr Wolf! Wenn Sie wollen, das das veräußert wird, dann geht das nicht anders. Das ist eine rechtliche Frage, die können wir anders gar nicht lösen.

Und genauso der Immobiliendienstleistungsbereich: Da haben wir als Oppositionsfraktion eine ganz klare Regelung vorgeschlagen, die eine bestimmte Frist und ein Ausgliedern dieses Bereichs vorsieht. Wenn Sie immer fragen, wo die Unterschiede sind: Da haben wir die Unterschiede!

[Beifall bei der FDP und der CDU]

- (C) Denn was haben Sie gemacht? – Sie haben in diesem Bereich nichts anderes gemacht, als Teile vom Oppositionsentwurf abzuschreiben, was die quartalsweise Berichterstattung – –

[Dr. Flemming (SPD): Abgeschrieben?]

– Na, hören Sie mal, Herr Flemming! Das ist nachweisbar: Das, was wir gestern Abend um 17 Uhr verteilt haben, haben Sie, was die quartalsweisen Berichte betrifft, wörtlich abgeschrieben! Dagegen hat niemand etwas,

[Unruhe bei der SPD]

aber man kann sich nicht heute hinstellen und sagen: Wir haben als Regierung euch, was uns vorher nie widerfahren ist, eine umfassende Einsichtnahme und Berichterstattung gestattet. Das ist doch erst in den letzten 12, 24 Stunden in Fluss gekommen, da brauchen wir doch nicht herzumreden.

[Beifall bei der FDP, der CDU und den Grünen]

Wir haben als Opposition gerungen, wir haben diskutiert, Klausuren, Sondersitzungen abgehalten, Unterlagen studiert und nicht einfach Nein gesagt, wie das für eine Oppositionsfraktion möglich gewesen wäre.

[Zurufe von der SPD und der PDS]

Während wir gestern als Oppositionsfraktion zusammensaßen und am Gesetzestext gearbeitet haben, hat der Regierende Bürgermeister die Velotaxisaison und eine Kunststriebe im Roten Rathaus eröffnet, statt endlich Führung in dieser wichtigen Frage des Landes zu zeigen.

[Starker Beifall bei der FDP und der CDU –
Beifall bei den Grünen]

Wir haben klare Formulierungen in uns zentralen Fragen gesetzt. Es ist Ihrerseits eine Chance verpasst worden. Sie haben Placebos in Fragen wie IBB und Exilierung des Immobiliendienstleistungsbereichs gewählt. Das mag für Ihre Reihen genügen, das mag genügen, um einen Herrn Over und möglicherweise Herrn Lorenz noch umzustimmen. Für uns reicht das nicht. Uns bleibt unter Abwägung all dieser Fragen nur, Nein zur Gesetzesvorlage der Regierung zu sagen und Ja zu der Vorlage der Opposition. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP und der CDU –
Beifall der Frau Abg. Hämmerling (Grüne)]

Präsident Momper: Danke schön, Herr Dr. Lindner! – Das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt die Fraktionsvorsitzende, Frau Dr. Klotz. – Bitte schön, Frau Dr. Klotz!

Frau Dr. Klotz (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die Lage nicht so ernst wäre, wäre es ein Treppenwitz der Berliner Geschichte, dass ausgerechnet wir als Grüne, die wir uns ein Jahrzehnt lang für die Kritik am Konstrukt der Bankgesellschaft schelten lassen mussten, von Pieroth als ahnungslose Kiezpolitiker, von Staffelt als Leute, die eine Sparkasse wollen, die nur Oma Krauses Sparbücher aushändigt, und von Landowsky als finanzpolitische Dummköpfe, dass also ausgerechnet wir es hier heute sind, die einer Risikoabschirmung gigantischen Ausmaßes zustimmen sollen. Getoppt wird das wohl nur dadurch, dass die erste Kritikerin dieses Konstruktes Bankgesellschaft, Frau Dr. Schreyer, heute diejenige ist, die mit darüber zu entscheiden hat, ob das Beihilfeverfahren, das Berlin bei der EU-Kommission beantragt hat, genehmigt wird.

[Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Benneter (SPD)]

Herr Sarrazin sagt, die Bankgesellschaft ist das Werk geistig Gestörter. Herr Müller sagt, die Bankgesellschaft wurde von den Konstrukteuren damals in gutem Glauben an die lichte wirtschaftliche Zukunft so organisiert.

[Wolf, Harald (PDS): Das ist bei geistig Verwirrten häufig so!]

Frau Dr. Klotz

- (A) Ich sage Ihnen, das ist wirklich ein wenig zu einfach. Diese Milliardenverluste, über die wir heute reden, sind weder ein Naturereignis noch ein Werk von Irren. Sich selbst maßlos überschätzende Politiker und Banker von der großen Koalition – und zu der gehörten CDU und SPD – haben politisch gewollt eine **Bankgesellschaft** geschaffen, die von einer Reihe von Personen – und die hatten mehrheitlich CDU-Parteibücher in der Tasche, aber sie hatten auch SPD-Parteibücher in der Tasche – **geplündert** wurde. Das ist die Wahrheit. Wir müssen Schluss machen mit dieser Plündermentalität, wenn die Risikoabschirmung, über die heute zu entscheiden ist, nicht im Nirwana enden soll. Es darf kein Weiter so für diese Bankgesellschaft geben!

[Beifall bei den Grünen, der CDU, der PDS und der FDP]

Wenn wir über die Zukunft dieser Bankgesellschaft reden, sage ich für meine Fraktion deutlich: Die Vergangenheit wird damit nicht zu den Akten gelegt. Wie es im Einzelnen zu diesen ruinösen Geschäften kommen konnte, ist noch nicht ausreichend geklärt, genauso wenig die Verantwortung der zuständigen Senatsmitglieder

[Beifall des Abg. Wieland (Grüne) –
Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Gucken Sie noch einmal, ob Sie da wirklich klatschen wollen! – von CDU und SPD im Senat und in den Aufsichtsräten. Die Restrukturierung, Entflechtung und letztlich auch die gelungene Veräußerung der Bank wird und kann aber nur funktionieren, wenn auf dem Tisch liegt, wie es zu diesem beispiellosen Desaster kommen konnte.

Bei allem Verständnis für die Schwierigkeit und Sensibilität der Materie will ich für alle Abgeordneten festhalten: Sie haben es den Abgeordneten aller Fraktionen, und zwar Koalition und Opposition, Herr Lindner, die nicht Mitglieder des Vermögens- und des Untersuchungsausschusses sind, in den letzten drei Wochen nicht leicht gemacht, als der Zugang zu diesen vertraulichen Informationen gewährt wurde. Ich will nur drei Punkte nennen: Die Summen der Risikoabschirmung reichten von 3,73 bis 35,34 Milliarden und liegen nun bei 21,6 Milliarden €. Eine Einschätzung des Rechnungshofes, die gestern im „Spiegel“ nachzulesen war, spricht davon, dass die Risikoübernahme weder hinreichend untersucht noch vollständig belegt ist. Und – das wurde gesagt – die Expertisen, die nicht von unabhängigen Gutachtern, sondern von Gutachtern der Bankgesellschaft stammen, haben auch nicht ausschließlich als vertrauensbildende Maßnahme – zumindest nicht auf mich – gewirkt. Bis zum heutigen Zeitpunkt gibt es keine **quantifizierbare Schätzung aller Risiken** als Voraussetzung für die Risikoabschirmung. Parallel wurden wir von den Medien immer mit neuen, uns nicht bekannten Informationen beglückt, die sich auch nicht gerade vertrauensbildend ausgewirkt haben. Ich will nur zwei Punkte nennen: Ich erinnere an die Freistellungsvereinbarung, diese so genannte Tresorvereinbarung der Spitzenmanager der Weberbank. Und erst gestern war nachzulesen, wie ein weiteres gelungenes Geschäft der IBAG realisiert wurde, wo Immobilien in einem Fonds im Wert von 25 Millionen Mark an eine Kölner Gruppe veräußert wurden. Dass der Aufsichtsratschef der IBAG dabei durchaus eigene wirtschaftliche Interessen bei dieser Kölner Gruppe hat, ist nicht auszuschließen. All dies stinkt bis zum heutigen Tag zum Himmel. Ich habe den Eindruck, dass zumindest die IBAG – wenn stimmt, was gestern zu lesen war – den notwendigen Mentalitätswechsel noch nicht vollzogen hat.

[Beifall bei den Grünen, der CDU, der PDS und der FDP]

Das alles wird dadurch nicht besser, dass uns immer wieder gesagt wurde, die Risikoabschirmung sei alternativlos. Vor acht Jahren wurde uns von den Pieroths, von den Atzlers, von den Staffelt, von den Borghorsts, von den Herren Niklas, Kern, Staffelt – den hatte ich zwar schon, aber den kann ich in dem Zusammenhang gern zweimal nennen –

[Wieland (Grüne): Nagel!]

- (C) gesagt, die Konstruktion der Bankgesellschaft sei ohne Alternative, wenn man im großen internationalen Bankgeschäft mitspielen wolle. Das macht mich heute misstrauisch.

In Kenntnis, dass die Einlagen der Sparguth- und Girokontenbesitzer gesichert sind, haben wir uns zwischen drei Alternativen zu entscheiden, wobei ich die Kapitalaufstockung, über die vorhin schon gesprochen wurde, außer Acht lasse.

Variante 1 – die Risikoabschirmung der für das Land unausweichlichen Risiken, die Abtrennung und Abwicklung des Immobilianteils inklusive einer gewünschten wirtschaftlichen Erholung, eines baldigen Verkaufs – ist möglicherweise die beste Variante, wenn – und darauf liegt die Betonung – sich alle Hoffnungen, auf die der Senat baut, auch wirklich erfüllen. Wenn aber die genannten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen, wäre eine sofortige Insolvenz des privatwirtschaftlichen Teils der Bankgesellschaft bei aller Problematik sicherlich besser als Variante 3. Das ist die für das Land schlechteste, teuerste Variante, nämlich eine Risikoabschirmung mit einer anschließenden Insolvenz der Bankgesellschaft. Dazu darf es nicht kommen!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Es ist hier schon hinreichend dargelegt worden, dass diese Variante aus verschiedenen Gründen nicht völlig auszuschließen ist.

Deswegen haben wir gesagt, wir wollen im Gesetz drei Punkte verankern. Herr Müller – ich schätze Sie sonst sehr, aber da habe ich mich wirklich geärgert –, Sie glauben doch nicht allen Ernstes, dass wir uns hier den Stress machen und über Tage einen Antrag zur Verbesserung des Gesetzes formulieren, der dann auch beinhaltet, dass – wenn die formulierten Erwartungen erfüllt werden – man der Risikoabschirmung zustimmt. Wir sind Opposition. Wir hätten es uns auch leicht machen können. Wir hätten fröhliche Opposition spielen können.

[Dr. Lindner (FDP): Genau!]

- (D) Das haben wir nicht. Wir haben uns darauf eingelassen. Und wir sind zu dem Schluss gekommen, dass wir dieser Risikoabschirmung zustimmen können, wenn drei Bedingungen – die sind heute schon dargestellt worden – realisiert werden. Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, wir seien verantwortungslos, und noch aus geheimer Sitzung zitieren, Herr Eßer wolle die Insolvenz der Bankgesellschaft, obwohl er immer genau für das Gegenteil streitet, dann finde ich das nicht in Ordnung.

[Zuruf des Abg. Müller (SPD)]

Ein Stück weit ärgere ich mich auch gerade bei Ihnen darüber, dass Sie an der Stelle so polemisch werden.

[Beifall bei den Grünen und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Wir wollen, dass die Insolvenzschutzklausel im Gesetz verankert wird, dass – wenn eine Anschlussinsolvenz erfolgt und die Abschirmung für diesen Fall greift – das Land nicht zweimal zahlt. Wir wollen das Herauslösen der IBB, und zwar bis zu einem konkret genannten Zeitpunkt – nicht weil wir das so putzig finden und weil das eine flinke Idee von uns ist, sondern wir wollen die Herauslösung der IBB bis zu einem konkreten Zeitpunkt als Garantie dafür, dass sich bei Rot-Rot diejenigen durchsetzen, die die Bankgesellschaft veräußern wollen. Das ist nicht sicher!

[Beifall bei den Grünen und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Ich nehme vielen Einzelnen von SPD und PDS ab, dass sie das wollen, aber kenne auch andere Fälle, und die sitzen zum Teil im Senat. Das macht misstrauisch. – Zum Dritten wollen wir die Übernahme des abgesicherten Immobiliengeschäfts in eine landeseigene Gesellschaft.

Jetzt komme ich zu Brüssel. Die Zeit habe ich noch. Das ist ein unglaublicher Vorgang, dass von Seiten des Finanzsenators ausschließlich darauf hingewiesen wird, dass heute auf Vorlage von Wettbewerbskommissar Monti entschieden wurde, das Prüfverfahren über die Gewährung einer Beihilfe zu eröffnen. Das ist nämlich nur die gute Nachricht. Jetzt kommt die schlechte Nach-

Frau Dr. Klotz

- (A) richt: Die **EU-Kommission** betrachtet die bisher vorliegenden Informationen als nicht ausreichend bezüglich einer genaueren Qualifizierung des zu erwartenden Risikos und bezüglich der Rechtfertigung der Höhe der Beihilfe. Das kulminiert in dem Satz:

Damit sind die Anforderungen der genannten Leitlinien bisher nicht erfüllt.

Dies stammt aus einer Presseerklärung von Herrn Monti – und nicht von irgendwelchen Beamten, Herr Sarrazin!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Um welche Leitlinien handelt es sich? Es handelt sich um die Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen. Und, man kommt zu dem Fazit:

[Henkel (CDU): Dass der Regierende Herrn Sarrazin entlassen muss!]

Was die Kommission wissen will, das wollen auch wir als Abgeordnete wissen. Was die Kommission wissen will, ist beispielsweise die Frage: Was ist eigentlich der realistische Beitrag, den uns die **Risikoabschirmung kosten** wird? – Die Kommission sagt, mit den 35 Milliarden € kommen wir nicht weiter, aber ansonsten – ich zitiere, auch wenn der Finanzsenator den Kopf schüttelt:

Da bisher kein geringerer Höchstbetrag berechnet und zugesichert werden konnte, als die 35 Milliarden €, muss die Kommission bei der Risikoabschirmung derzeit von dem genannten theoretischen Höchstwert ausgehen.

Es liegt bisher noch nichts weiter vor. Die Kommission sagt zweitens:

- (B) Es fehlt ein erfolgversprechendes Restrukturierungskonzept. Zum einen ist unklar, ob die geplanten Umstrukturierungsmaßnahmen geeignet sind, eine ausreichende, langfristige Rentabilität der Bankgesellschaft wieder herzustellen, dies vor allem auch vor dem Hintergrund der bestehenden Konzernstrukturen.

Und die Kommission kritisiert als Drittes, dass Sie sich nicht zu Veräußerungen durchringen können:

Zum anderen bestehen Zweifel daran, dass die geplanten Maßnahmen zur Reduzierung der Marktpräsenz ausreichen.

Fazit: Die Anforderungen der genannten Leitlinien sind bisher nicht erfüllt. Diese Vorbehalte bestärken mich darin – neben der Tatsache, dass Sie sich den von uns gemachten Vorschlägen für das Gesetz nicht anschließen wollen –, dass diesem von Rot-Rot vorgelegten Gesetzesentwurf von unserer Seite heute nicht zugestimmt werden kann. Und zwar nicht, weil wir verantwortungslos sind, sondern weil die Arbeit, die Sie hätten leisten müssen, für die Sie monatelang Zeit hatten, offensichtlich nicht geleistet worden ist und weil die EU-Kommission dies moniert – und zwar zu Recht. Wenn die EU-Kommission sagt: Es reicht uns nicht aus, was wir an Informationen haben – ich mache den Satz zu Ende, Herr Momper –, um einem Beihilfeverfahren zuzustimmen, um es zu genehmigen, dann sage ich: Dann reichen mir die Informationen nicht aus, um einer Risikoabschirmung in Höhe von 21,6 Milliarden € für 30 Jahre zuzustimmen. – Vielen Dank!

[Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP]

Präsident Momper: Danke schön, Frau Dr. Klotz! – Das Wort zu einer Kurzintervention hat nunmehr Herr Dr. Steffel! – Bitte schön, Herr Dr. Steffel!

Dr. Steffel (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Dr. Klotz! Ich fühlte mich eben angesprochen, hatte auch den Eindruck, Sie haben das so gemeint, als Sie von der Verfolgung derer sprachen, die hier möglicherweise **zivil- oder strafrechtliche Fehler** gemacht haben. Ich will

das sehr deutlich in meinem und auch im Namen der CDU-Fraktion sagen: Ich halte die juristische Verfolgung dessen, was bei der Berlin-Hyp, was bei Aubis geschehen ist, für richtig und hoffe, dass es zu Ergebnissen führt.

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Beifall des Abg. Benneter (SPD)]

Ich sage aber auch ausdrücklich, da ging es – und das ist weiß Gott genug – um 100 bis 200 Millionen €. Ich halte es für mindestens genauso wichtig und hoffe, dass der Senat das mit der notwendigen Ernsthaftigkeit – ich bin davon überzeugt, Herr Staatssekretär – betreibt, dass hier bei 21,6 Milliarden €, ob das 3 Milliarden €, 4 Milliarden €, 5 Milliarden € oder 6 Milliarden € sind, mit der gleichen Energie, mit dem gleichen Personalaufwand geprüft wird, wie es möglich ist, dass Vorstände so etwas über sieben, acht, neun Jahre tun können, kein Aufsichtsrat es merkt, kein Bundesaufsichtsamt es merkt, kein Wirtschaftsprüfer es merkt,

[Beifall bei der CDU und der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

und heute erst durch eine politische Konstellation des vergangenen Jahres – die wir hier nicht abarbeiten müssen, Herr Wowereit –, aber im Ergebnis erst durch einen solchen Impuls aufgedeckt wird, welche Milliarden Schäden auf den Steuerzahler – und das sind wir alle auch, neben der Funktion als Parlamentarier – und auf das Land Berlin zukommen. Ich wünsche mir und bitte darum, Frau Dr. Klotz, das wir hier nicht den Versuch eines Dissenses zwischen uns im Haus machen –, dass es uns mit der gleichen Energie gelingt, dieser Leute habhaft zu werden, sie wirklich strafrechtlich zu belangen und wenn irgend möglich neben einer Strafe zumindest eines zu verhindern: dass auch nur einer dieser Vorstände mit 1 DM öffentlicher Gelder hier in Berlin noch weiter durch die Straßen spaziert. Das können wir den Berlinern nicht erklären und nicht zumuten.

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt auch nur in kurzer Replik anmerken: Wir als CDU-Fraktion bekennen uns ausdrücklich zur Bankgesellschaft Berlin. Wir bekennen uns ausdrücklich zum Finanz- und Wirtschaftsstandort Berlin, dessen größtes Unternehmen die Bankgesellschaft Berlin ist. Wir als CDU-Fraktion sagen auch sehr klar, dass es durch die Insolvenz überhaupt keine Alternative gibt – ich sage das ausdrücklich, Herr Sarrazin, weil Sie das so in einem Nebensatz eingeführt haben, als ob ein ernstzunehmender Politiker glaubt, dass eine Insolvenz des Instituts eine Lösung des Problems wäre. Das ist sie natürlich nicht. Das weiß jeder, der auch nur Betriebswirtschaftslehre I an einer der vielen guten Berliner Universitäten studieren durfte. Aber ich sage auch sehr deutlich: Wir bekennen uns auch zu unserer Verantwortung im Rahmen der Entscheidung in den 90er Jahren. Aber eines ist auch klar: Das verpflichtet uns nicht, einem jeden Gesetzesentwurf zuzustimmen, der dilettantisch, kurzfristig und, wie wir glauben, ohne strategisches Ziel hier ins Parlament eingebracht wird. Ab dem heutigen Tag liegt die Verantwortung für die Zukunft des Instituts nicht bei denjenigen, die in den 90er Jahren regiert haben, sondern bei denjenigen, die heute regieren. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Präsident Momper: Bitte schön, Frau Dr. Klotz, Sie möchten entgegnen!

[Wieland (Grüne): War das eine Kurzintervention?]

– Na, eine Kurzintervention? – Bitte schön, Frau Dr. Klotz!

Frau Dr. Klotz (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem diese Langintervention jetzt auch Herrn Dr. Steffel die Möglichkeit gegeben hat, sich hier zu der Problematik zu äußern, stelle ich klar: Es geht mir nicht nur um die zivilrechtliche Verantwortung. Es geht um die **politische Verantwortung** für dieses Konstrukt, die ich auch angemahnt habe. In diesem Zusammenhang möchte ich mitteilen, dass kein Abgeordneter und keine Abgeordnete meiner Fraktion durch Fonds-

Frau Dr. Klotz

- (A) zeichnung oder durch Gesellschaftsbeteiligungen wirtschaftliche Eigeninteressen hat und, wie in den Verfahrensregeln des Abgeordnetenhauses festgelegt, durch Abstimmung in einen Interessenskonflikt geraten kann. Ich erwarte von allen Fraktionen – ich betone: von allen Fraktionen –, dass sie diese Offenlegung vollziehen und uns öffentlich sagen, ob Abgeordnete mit möglichen Interessenskollisionen sich hier anschicken, eine Entscheidung zu treffen.

[Beifall bei den Grünen]

Präsident Momper: Danke schön, Frau Dr. Klotz! – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen und zwar, wie bereits gestern angekündigt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, nun auch heute von der Fraktion der FDP so gewünscht, in jeweils namentlicher Abstimmung.

Erlauben Sie mir noch einen Hinweis. Aus gegebenem Anlass weise ich darauf hin, dass nachträgliche Korrekturen in der namentlichen Abstimmung künftig nicht mehr zugelassen werden, so wie es der Ältestenrat schon länger beschlossen hat. Die Abstimmmanlage wurde noch einmal extra überprüft und ist technisch wirklich sicher. Ich bitte Sie also bei den jetzt folgenden Abstimmungen um äußerste Konzentration. Sollten die Kontrollleuchten nicht funktionieren, bitte ich um sofortige Mitteilung, damit wir das dann beheben können. Dazu höre ich keinen Widerspruch.

Zuerst lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Abgeordneten Wieland, Eßer, Dr. Lindner, Meyer, Dr. Steffel, Goetze und weiterer Abgeordneter zur Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz zur Ermächtigung für die Übernahme einer Garantie für Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG und deren Tochtergesellschaften mit der Drucksachennummer 15/208-1. Hat jeder seine Karte? – Sehr gut. Leuchtet das gelbe Licht? – Noch besser. Dann drücke ich „Namentliche Abstimmung“.

(B)

[Gongzeichen]

Dann bitte ich, Ihr Votum abzugeben mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“! – Hat jeder die Gelegenheit gehabt? – Hat jeder die Gelegenheit gehabt? – Dann schließe ich die Abstimmung.

[Gongzeichen]

Es gibt 54 Ja-Stimmen, 75 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen. 4 Abgeordnete blieben ohne Abgabe. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung wieder in namentlicher Form über die Vorlage – zur Beschlussfassung – über Gesetz zur Ermächtigung für die Übernahme einer Garantie für Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG und deren Tochtergesellschaften mit neuer Überschrift und in der Fassung der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom heutigen Tag, Drucksache 15/342. Hierzu gibt es von der SPD und PDS einen Änderungsantrag, Drucksache 15/342-1. Danach sollen in § 2 Abs. 1 Satz 2 der Beschlussempfehlung Drucksache 15/342 die Wörter „bis spätestens 30. Juni 2003“ gestrichen werden. Über diesen Änderungsantrag können wir jetzt in offener Abstimmung beschließen, wenn Einvernehmen herrscht. – Wer dies so beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen! – Danke schön! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Erstes war die Mehrheit, die Stimmen der Koalitionsfragen gegen die Stimmen der Opposition und keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Wer nun der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses, Drucksache 15/342, mit der soeben beschlossenen Änderung seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich wieder in namentlicher Abstimmung um entsprechenden Tastendruck mit „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ zu stimmen. Brennt jede gelbe Lampe? – Dann eröffne ich die Abstimmung.

[Gongzeichen]

Ich bitte Sie, Ihr Votum abzugeben. – Hat jeder Gelegenheit zur Abgabe gehabt? – Dann schließe ich die Abstimmung.

[Gongzeichen]

– Bei Ihnen hat das Lämpchen nicht gebrannt? – Abgegeben wurden:

70 Ja-Stimmen,
34 Nein-Stimmen,
28 Enthaltungen,
4 ohne Abgabe.

Damit ist dieser Antrag angenommen. – Ihren Fall, Herr Sayan, werden wir gleich klären. Brennt die Lampe nicht? Kann mal jemand von der Technik kommen? – Damit ist die Beschlussempfehlung des Hauptausschusses angenommen worden. Ich fahre fort, bis wir das bei Herrn Sayan geklärt haben.

Als dringliche Beschlussempfehlung liegt uns nunmehr vom Hauptausschuss eine Empfehlung über die Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin, Nr. 2/2002 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte, Drucksache 15/341, vor. Hierbei handelt es sich um die so genannte Detailvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft. Der Hauptausschuss empfiehlt mehrheitlich gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen die Annahme.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Brennt überall die gelbe Leuchte? – Wo nicht? – Gut, überall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

[Gongzeichen]

Hat jeder Gelegenheit gehabt, seine Stimme abzugeben? – Wenn das so ist, schließe ich die Abstimmung.

[Gongzeichen]

Diese Vorlage ist mit

73 Ja-Stimmen,
31 Nein-Stimmen,
28 Enthaltungen,
4 Ohne Abgabe

angenommen worden.

Jetzt müssen wir noch über den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS auf Annahme einer Entschließung über Zukunftsperspektiven für die Bankgesellschaft Berlin AG, Begrenzung der finanziellen Risiken für das Land Berlin, Drucksache 15/343, abstimmen. Hier wird die namentliche Abstimmung gewünscht. – Brennt überall das gelbe Licht?

[Gongzeichen]

Hat jeder Gelegenheit zur Stimmgabe? – Dann schließe ich die Abstimmung.

[Gongzeichen]

Es wurden abgegeben:

74 Ja-Stimmen,
57 Nein-Stimmen,
2 Enthaltungen,
4 Ohne Abgabe.

Schließlich haben wir noch über den Antrag der Fraktion der FDP, der Fraktion der CDU und der Fraktion der Grünen über einen Entschließungsantrag zur Risikoabschirmung der Bankgesellschaft, Drucksache 15/344, abzustimmen. Ist hier eine namentliche Abstimmung gewünscht? – Gut, sie wird gewünscht. Hat jeder das gelbe Licht leuchten? – Dann eröffne ich die Abstimmung.

[Gongzeichen]

Ich schließe die Abstimmung.

[Gongzeichen]

(A)

Präsident Momper

Abgegeben wurden

55 Ja-Stimmen,
77 Nein-Stimmen,
1 Enthaltungen,
4 Ohne Abgabe.

Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir sind am Ende unserer heutigen Tagesordnung angelangt.
Die nächste und 10. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin findet am 18. April 2002 um 13.00 Uhr statt. Ich danke Ihnen.
Die Sitzung ist geschlossen.

[Ende der Sitzung: 18.56 Uhr]

(C)

(B)

(D)

Anlage 1

FRAGEN

Namentliche Abstimmung
über Änderungsantrag des Abg. Wolfgang Wieland und anderer
zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
über Gesetz zur Ermächtigung für die Übernahme einer Garantie
für Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG
und deren Tochtergesellschaften
– Drucksache 15/208-1–

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Apelt, Andreas	CDU	ja		Dr. Jungnickel, Wolfgang	FDP	ja	
Atzler, Norbert	CDU	–		Dr. Kaczmarczyk, Walter	PDS	nein	
Dr. Augstin, Sonning	FDP	ja		Kaczmarek, Alexander	CDU	ja	
Frau Baba, Evrim	PDS	nein		Kittelmann, Peter	CDU	ja	
Frau Dr. Barth, Margrit	PDS	nein		Kleineidam, Thomas	SPD	nein	
Benneter, Klaus	SPD	nein		Klemm, Gernot	PDS	nein	
Böger, Klaus	SPD	nein		Frau Dr. Klotz, Sibyll-Anka	Grüne	ja	
Borgis, Michael	CDU	ja		Frau Kolat, Dilek	SPD	nein	
Frau Borsky-Tausch, Karla	SPD	nein		Krestel, Holger	FDP	ja	
Brauer, Wolfgang	PDS	nein		Krug, Günther	SPD	nein	
Braun, Michael	CDU	ja		Krüger, Marian	PDS	nein	
Brinsa, Ulrich	CDU	ja		Krüger, Werner	CDU	ja	
Buchholz, Daniel	SPD	nein		Frau Kubala, Felicitas	Grüne	ja	
Cramer, Michael	Grüne	ja		Kurth, Peter	CDU	ja	
Czaja, Mario	CDU	–		Frau Lange, Brigitte	SPD	nein	
Dietmann, Michael	CDU	ja		Frau Leder, Jutta	SPD	nein	
Doering, Uwe	PDS	nein		Lehmann, Rainer-Michael	FDP	ja	
Frau Dott, Minka	PDS	nein		Liebich, Stefan	PDS	nein	
Frau Dunger-Löper, Hella	SPD	nein		Dr. Lindner, Martin	FDP	ja	
Eßer, Joachim	Grüne	ja		Frau Dr. Löttsch, Gesine	PDS	nein	
Dr. Felgentreu, Fritz	SPD	nein		Lorenz, Hans-Georg	SPD	nein	
Frau Fischer, Heidemarie	SPD	nein		von Lüdeke, Klaus-Peter	FDP	ja	
Dr. Flemming, Bert	SPD	nein		Frau Matuschek, Jutta	PDS	nein	
Frau Flesch, Kirsten	SPD	nein		Matz, Martin	FDP	ja	
Dr. Flierl, Thomas	PDS	nein		Frau Meister, Sibylle	FDP	ja	
Frau Freundl, Carola	PDS	nein		Meyer, Christoph	FDP	ja	
Friederici, Oliver	CDU	ja		Frau Michels, Martina	PDS	nein	
Frau Dr. Fugmann-Heesing, Annette	SPD	nein		Mieczkowski, Wolfgang	FDP	ja	
Gaebler, Christian	SPD	nein		Momper, Walter	SPD	nein	
Gewalt, Roland	CDU	ja		Müller, Michael	SPD	nein	
Goetze, Uwe	CDU	ja		Frau Müller, Christa	SPD	nein	
Gram, Andreas	CDU	–		Mutlu, Özcan	Grüne	Enthaltung	
Frau Grosse, Burgunde	SPD	nein		Nelken, Michail	PDS	nein	
Frau Grütters, Monika	CDU	–		Frau Neumann, Ulrike	SPD	nein	
Dr. Gysi, Gregor	PDS	nein		Niedergesäß, Fritz	CDU	ja	
Frau Hämmerling, Claudia	Grüne	ja		Nolte, Karlheinz	SPD	nein	
Hahn, Axel	FDP	ja		Frau Oesterheld, Barbara	Grüne	ja	
Frau Harant, Renate	SPD	nein		Over, Freke	PDS	nein	
Dr. Heide, Manuel	CDU	ja		Pape, Andreas	SPD	nein	
Henkel, Frank	CDU	ja		Frau Paus, Elisabeth	Grüne	Enthaltung	
Frau Herrmann, Annelies	CDU	ja		Pewestorff, Norbert	PDS	nein	
Frau Hertel, Anja-Beate	SPD	nein		Frau Pop, Ramona	Grüne	ja	
Frau Hertlein, Jutta	SPD	nein		Rabbach, Axel	CDU	ja	
Frau Hildebrandt, Petra	SPD	nein		Radebold, Jürgen	SPD	nein	
Hillenberg, Ralf	SPD	nein		Frau Radziwill, Ülker	SPD	nein	
Frau Dr. Hiller, Gabriele	PDS	nein		Ratzmann, Volker	Grüne	Enthaltung	
Hilse, Torsten	SPD	nein		Reppert, Ralf	CDU	ja	
Frau Hinz, Delia	PDS	nein		Ritzmann, Alexander	FDP	ja	
Hoff, Benjamin-Immanuel	PDS	nein		Rzepka, Peter	CDU	–	
Hoffmann, Gregor	CDU	ja		Sayan, Giyasettin	PDS	nein	
Holtfreter, Bernd	PDS	–		Frau Schaub, Siglinde	PDS	nein	
Frau Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel	PDS	nein		Schimmler, Bernd	SPD	nein	
Frau Hopfmann, Karin	PDS	nein		Schmidt, Erik	FDP	ja	
Jahnke, Frank	SPD	nein		Schmidt, Uwe	CDU	–	
Frau Jantzen, Elfi	Grüne	ja		Schruoffenegger, Oliver	Grüne	ja	

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Frau Dr. Schulze, Steffi	PDS	nein		Trapp, Peter	CDU	ja	
Frau Seelig, Marion	PDS	nein		Wambach, Matthias	CDU	ja	
Frau Seidel-Kalmutzki, Karin	SPD	nein		Wansner, Kurt	CDU	ja	
Frau Senftleben, Mieke	FDP	ja		Wegner, Kai	CDU	ja	
Frau Simon, Ingeborg	PDS	nein		Frau Weißbecker, Jutta	SPD	nein	
Spindler, Jan	PDS	nein		Wellmann, Karl-Georg	CDU	–	
Frau Spranger, Iris	SPD	nein		Wieland, Wolfgang	Grüne	ja	
Stadtkewitz, René	CDU	ja		Wieland, Ralf	SPD	nein	
Dr. Steffel, Frank	CDU	ja		Wolf, Harald	PDS	nein	
Steuer, Sascha	CDU	ja		Wolf, Udo	PDS	nein	
Dr. Stölzl, Christoph	CDU	ja		Wowereit, Klaus	SPD	nein	
Strieder, Peter	SPD	nein		Zackenfels, Stefan	SPD	nein	
Frau Ströver, Alice	Grüne	ja		Zimmer, Nicolas	CDU	ja	
Frau Dr. Tesch, Felicitas	SPD	nein		Zimmermann, Frank	SPD	nein	
Thiel, Volker	FDP	ja		Dr. Zotl, Peter-Rudolf	PDS	nein	
Frau Tietje, Claudia	SPD	nein					

Anlage 2

FRAGEN

Namentliche Abstimmung

**über Beschlussempfehlung zur Vorlage – zu Beschlussfassung –
über Gesetz zur Ermächtigung für die Übernahme einer Garantie
für Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft der Bankgesellschaft Berlin AG
und deren Tochtergesellschaften
– Drucksache 15/342 –**

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Apelt, Andreas	CDU	Enthaltung		Dr. Jungnickel, Wolfgang	FDP	nein	
Atzler, Norbert	CDU	–		Dr. Kaczmarczyk, Walter	PDS	ja	
Dr. Augstin, Sonning	FDP	nein		Kaczmarek, Alexander	CDU	nein	
Frau Baba, Evrim	PDS	ja		Kittelmann, Peter	CDU	Enthaltung	
Frau Dr. Barth, Margrit	PDS	ja		Kleineidam, Thomas	SPD	ja	
Benneter, Klaus	SPD	ja		Klemm, Gernot	PDS	ja	
Böger, Klaus	SPD	ja		Frau Dr. Klotz, Sibyll-Anka	Grüne	nein	
Borgis, Michael	CDU	Enthaltung		Frau Kolat, Dilek	SPD	ja	
Frau Borsky-Tausch, Karla	SPD	ja		Krestel, Holger	FDP	nein	
Brauer, Wolfgang	PDS	ja		Krug, Günther	SPD	ja	
Braun, Michael	CDU	Enthaltung		Krüger, Marian	PDS	ja	
Brinsa, Ulrich	CDU	Enthaltung		Krüger, Werner	CDU	Enthaltung	
Buchholz, Daniel	SPD	Enthaltung		Frau Kubala, Felicitas	Grüne	nein	
Cramer, Michael	Grüne	nein		Kurth, Peter	CDU	Enthaltung	
Czaja, Mario	CDU	–		Frau Lange, Brigitte	SPD	ja	
Dietmann, Michael	CDU	Enthaltung		Frau Leder, Jutta	SPD	ja	
Doering, Uwe	PDS	ja		Lehmann, Rainer-Michael	FDP	nein	
Frau Dott, Minka	PDS	ja		Liebich, Stefan	PDS	ja	
Frau Dunger-Löper, Hella	SPD	ja		Dr. Lindner, Martin	FDP	nein	
Eßer, Joachim	Grüne	nein		Frau Dr. Löttsch, Gesine	PDS	ja	
Dr. Felgentreu, Fritz	SPD	ja		Lorenz, Hans-Georg	SPD	nein	
Frau Fischer, Heidemarie	SPD	ja		von Lüdeke, Klaus-Peter	FDP	nein	
Dr. Flemming, Bert	SPD	ja		Frau Matuschek, Jutta	PDS	ja	
Frau Flesch, Kirsten	SPD	ja		Matz, Martin	FDP	nein	
Dr. Flierl, Thomas	PDS	ja		Frau Meister, Sibylle	FDP	nein	
Frau Freundl, Carola	PDS	ja		Meyer, Christoph	FDP	nein	
Friederici, Oliver	CDU	Enthaltung		Frau Michels, Martina	PDS	ja	
Frau Dr. Fugmann-Heesing, Annette	SPD	ja		Mieczkowski, Wolfgang	FDP	nein	
Gaebler, Christian	SPD	ja		Momper, Walter	SPD	ja	
Gewalt, Roland	CDU	Enthaltung		Müller, Michael	SPD	ja	
Goetze, Uwe	CDU	Enthaltung		Frau Müller, Christa	SPD	ja	
Gram, Andreas	CDU	–		Mutlu, Özcan	Grüne	nein	
Frau Grosse, Burgunde	SPD	ja		Nelken, Michail	PDS	ja	
Frau Grütters, Monika	CDU	–		Frau Neumann, Ulrike	SPD	nein	
Dr. Gysi, Gregor	PDS	ja		Niedergesäß, Fritz	CDU	Enthaltung	
Frau Hämmerling, Claudia	Grüne	nein		Nolte, Karlheinz	SPD	ja	
Hahn, Axel	FDP	nein		Frau Oesterheld, Barbara	Grüne	nein	
Frau Harant, Renate	SPD	ja		Over, Freke	PDS	nein	
Dr. Heide, Manuel	CDU	Enthaltung		Pape, Andreas	SPD	ja	
Henkel, Frank	CDU	Enthaltung		Frau Paus, Elisabeth	Grüne	nein	
Frau Herrmann, Annelies	CDU	Enthaltung		Pewestorff, Norbert	PDS	ja	
Frau Hertel, Anja-Beate	SPD	ja		Frau Pop, Ramona	Grüne	nein	
Frau Hertlein, Jutta	SPD	ja		Rabbach, Axel	CDU	Enthaltung	
Frau Hildebrandt, Petra	SPD	ja		Radebold, Jürgen	SPD	ja	
Hillenberg, Ralf	SPD	ja		Frau Radziwill, Ülker	SPD	ja	
Frau Dr. Hiller, Gabriele	PDS	ja		Ratzmann, Volker	Grüne	nein	
Hilse, Torsten	SPD	ja		Reppert, Ralf	CDU	Enthaltung	
Frau Hinz, Delia	PDS	ja		Ritzmann, Alexander	FDP	nein	
Hoff, Benjamin-Immanuel	PDS	ja		Rzepka, Peter	CDU	–	
Hoffmann, Gregor	CDU	Enthaltung		Sayan, Giyasettin	PDS	ja	
Holtfreter, Bernd	PDS	–		Frau Schaub, Siglinde	PDS	ja	
Frau Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel	PDS	nein		Schimmler, Bernd	SPD	ja	
Frau Hopfmann, Karin	PDS	ja		Schmidt, Erik	FDP	nein	
Jahnke, Frank	SPD	ja		Schmidt, Uwe	CDU	–	
Frau Jantzen, Elfi	Grüne	nein		Schruoffeneger, Oliver	Grüne	nein	

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Frau Dr. Schulze, Steffi	PDS	ja		Trapp, Peter	CDU	Enthaltung	
Frau Seelig, Marion	PDS	ja		Wambach, Matthias	CDU	Enthaltung	
Frau Seidel-Kalmutzki, Karin	SPD	ja		Wansner, Kurt	CDU	Enthaltung	
Frau Senftleben, Mieke	FDP	nein		Wegner, Kai	CDU	Enthaltung	
Frau Simon, Ingeborg	PDS	ja		Frau Weißbecker, Jutta	SPD	ja	
Spindler, Jan	PDS	ja		Wellmann, Karl-Georg	CDU	–	
Frau Spranger, Iris	SPD	ja		Wieland, Wolfgang	Grüne	nein	
Stadtkewitz, René	CDU	Enthaltung		Wieland, Ralf	SPD	ja	
Dr. Steffel, Frank	CDU	Enthaltung		Wolf, Harald	PDS	ja	
Steuer, Sascha	CDU	Enthaltung		Wolf, Udo	PDS	ja	
Dr. Stölzl, Christoph	CDU	Enthaltung		Wowereit, Klaus	SPD	ja	
Strieder, Peter	SPD	ja		Zackenfels, Stefan	SPD	ja	
Frau Ströver, Alice	Grüne	nein		Zimmer, Nicolas	CDU	Enthaltung	
Frau Dr. Tesch, Felicitas	SPD	ja		Zimmermann, Frank	SPD	ja	
Thiel, Volker	FDP	nein		Dr. Zotl, Peter-Rudolf	PDS	ja	
Frau Tietje, Claudia	SPD	ja					

Anlage 3

FRAGEN

Namentliche Abstimmung

über Beschlussempfehlung zur Vorlage – zur Beschlussfassung –
gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin
(Nr. 2/2002 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)
– Drucksache 15/341–

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Apelt, Andreas	CDU	Enthaltung		Dr. Jungnickel, Wolfgang	FDP	nein	
Atzler, Norbert	CDU	–		Dr. Kaczmarczyk, Walter	PDS	ja	
Dr. Augstin, Sonning	FDP	nein		Kaczmarek, Alexander	CDU	nein	
Frau Baba, Evrim	PDS	ja		Kittelmann, Peter	CDU	Enthaltung	
Frau Dr. Barth, Margrit	PDS	ja		Kleineidam, Thomas	SPD	ja	
Benneter, Klaus	SPD	ja		Klemm, Gernot	PDS	ja	
Böger, Klaus	SPD	ja		Frau Dr. Klotz, Sibyll-Anka	Grüne	nein	
Borgis, Michael	CDU	Enthaltung		Frau Kolat, Dilek	SPD	ja	
Frau Borsky-Tausch, Karla	SPD	ja		Krestel, Holger	FDP	nein	
Brauer, Wolfgang	PDS	ja		Krug, Günther	SPD	ja	
Braun, Michael	CDU	Enthaltung		Krüger, Marian	PDS	ja	
Brinsa, Ulrich	CDU	Enthaltung		Krüger, Werner	CDU	nein	
Buchholz, Daniel	SPD	Enthaltung		Frau Kubala, Felicitas	Grüne	nein	
Cramer, Michael	Grüne	nein		Kurth, Peter	CDU	Enthaltung	
Czaja, Mario	CDU	–		Frau Lange, Brigitte	SPD	ja	
Dietmann, Michael	CDU	Enthaltung		Frau Leder, Jutta	SPD	ja	
Doering, Uwe	PDS	ja		Lehmann, Rainer-Michael	FDP	nein	
Frau Dott, Minka	PDS	ja		Liebich, Stefan	PDS	ja	
Frau Dunger-Löper, Hella	SPD	ja		Dr. Lindner, Martin	FDP	nein	
Eßer, Joachim	Grüne	nein		Frau Dr. Löttsch, Gesine	PDS	ja	
Dr. Felgentreu, Fritz	SPD	ja		Lorenz, Hans-Georg	SPD	ja	
Frau Fischer, Heidemarie	SPD	–		von Lüdeke, Klaus-Peter	FDP	nein	
Dr. Flemming, Bert	SPD	ja		Frau Matuschek, Jutta	PDS	ja	
Frau Flesch, Kirsten	SPD	ja		Matz, Martin	FDP	nein	
Dr. Flierl, Thomas	PDS	ja		Frau Meister, Sibylle	FDP	nein	
Frau Freundl, Carola	PDS	ja		Meyer, Christoph	FDP	nein	
Friederici, Oliver	CDU	Enthaltung		Frau Michels, Martina	PDS	ja	
Frau Dr. Fugmann-Heesing, Annette	SPD	ja		Mieczkowski, Wolfgang	FDP	nein	
Gaebler, Christian	SPD	ja		Momper, Walter	SPD	ja	
Gewalt, Roland	CDU	Enthaltung		Müller, Michael	SPD	ja	
Goetze, Uwe	CDU	Enthaltung		Frau Müller, Christa	SPD	ja	
Gram, Andreas	CDU	–		Mutlu, Özcan	Grüne	nein	
Frau Grosse, Burgunde	SPD	ja		Nelken, Michail	PDS	ja	
Frau Grütters, Monika	CDU	–		Frau Neumann, Ulrike	SPD	ja	
Dr. Gysi, Gregor	PDS	ja		Niedergesäß, Fritz	CDU	Enthaltung	
Frau Hämmerling, Claudia	Grüne	nein		Nolte, Karlheinz	SPD	ja	
Hahn, Axel	FDP	nein		Frau Oesterheld, Barbara	Grüne	nein	
Frau Harant, Renate	SPD	ja		Over, Freke	PDS	Enthaltung	
Dr. Heide, Manuel	CDU	Enthaltung		Pape, Andreas	SPD	ja	
Henkel, Frank	CDU	Enthaltung		Frau Paus, Elisabeth	Grüne	nein	
Frau Herrmann, Annelies	CDU	Enthaltung		Pewestorff, Norbert	PDS	ja	
Frau Hertel, Anja-Beate	SPD	ja		Frau Pop, Ramona	Grüne	nein	
Frau Hertlein, Jutta	SPD	ja		Rabbach, Axel	CDU	Enthaltung	
Frau Hildebrandt, Petra	SPD	ja		Radebold, Jürgen	SPD	ja	
Hillenberg, Ralf	SPD	ja		Frau Radziwill, Ülker	SPD	ja	
Frau Dr. Hiller, Gabriele	PDS	ja		Ratzmann, Volker	Grüne	nein	
Hilse, Torsten	SPD	ja		Reppert, Ralf	CDU	Enthaltung	
Frau Hinz, Delia	PDS	ja		Ritzmann, Alexander	FDP	nein	
Hoff, Benjamin-Immanuel	PDS	ja		Rzepka, Peter	CDU	–	
Hoffmann, Gregor	CDU	Enthaltung		Sayan, Giyasettin	PDS	ja	
Holtfreter, Bernd	PDS	–		Frau Schaub, Siglinde	PDS	ja	
Frau Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel	PDS	ja		Schimmler, Bernd	SPD	ja	
Frau Hopfmann, Karin	PDS	ja		Schmidt, Erik	FDP	nein	
Jahnke, Frank	SPD	ja		Schmidt, Uwe	CDU	–	
Frau Jantzen, Elfi	Grüne	nein		Schruoffenegger, Oliver	Grüne	nein	

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Frau Dr. Schulze, Steffi	PDS	ja		Trapp, Peter	CDU	Enthaltung	
Frau Seelig, Marion	PDS	ja		Wambach, Matthias	CDU	Enthaltung	
Frau Seidel-Kalmutzki, Karin	SPD	ja		Wansner, Kurt	CDU	Enthaltung	
Frau Senftleben, Mieke	FDP	nein		Wegner, Kai	CDU	Enthaltung	
Frau Simon, Ingeborg	PDS	ja		Frau Weißbecker, Jutta	SPD	ja	
Spindler, Jan	PDS	ja		Wellmann, Karl-Georg	CDU	–	
Frau Spranger, Iris	SPD	ja		Wieland, Wolfgang	Grüne	nein	
Stadtkewitz, René	CDU	Enthaltung		Wieland, Ralf	SPD	ja	
Dr. Steffel, Frank	CDU	Enthaltung		Wolf, Harald	PDS	ja	
Steuer, Sascha	CDU	Enthaltung		Wolf, Udo	PDS	ja	
Dr. Stölzl, Christoph	CDU	Enthaltung		Wowereit, Klaus	SPD	ja	
Strieder, Peter	SPD	ja		Zackenfels, Stefan	SPD	ja	
Frau Ströver, Alice	Grüne	nein		Zimmer, Nicolas	CDU	Enthaltung	
Frau Dr. Tesch, Felicitas	SPD	ja		Zimmermann, Frank	SPD	ja	
Thiel, Volker	FDP	nein		Dr. Zotl, Peter-Rudolf	PDS	ja	
Frau Tietje, Claudia	SPD	ja					

Anlage 4

FRAGEN

Namentliche Abstimmung

über Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der PDS
auf Annahme einer EntschlieÙung über Zukunftsperspektive für die Bankgesellschaft Berlin AG
– Begrenzung der finanziellen Risiken für das Land Berlin –
– Drucksache 15/343 –

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Apelt, Andreas	CDU	nein		Dr. Jungnickel, Wolfgang	FDP	nein	
Atzler, Norbert	CDU	–		Dr. Kaczmarczyk, Walter	PDS	ja	
Dr. Augstin, Sonning	FDP	nein		Kaczmarek, Alexander	CDU	nein	
Frau Baba, Evrim	PDS	ja		Kittelmann, Peter	CDU	nein	
Frau Dr. Barth, Margrit	PDS	ja		Kleineidam, Thomas	SPD	ja	
Benneter, Klaus	SPD	ja		Klemm, Gernot	PDS	ja	
Böger, Klaus	SPD	ja		Frau Dr. Klotz, Sibyll-Anka	Grüne	nein	
Borgis, Michael	CDU	nein		Frau Kolat, Dilek	SPD	ja	
Frau Borsky-Tausch, Karla	SPD	ja		Krestel, Holger	FDP	nein	
Brauer, Wolfgang	PDS	ja		Krug, Günther	SPD	ja	
Braun, Michael	CDU	nein		Krüger, Marian	PDS	ja	
Brinsa, Ulrich	CDU	nein		Krüger, Werner	CDU	nein	
Buchholz, Daniel	SPD	Enthaltung		Frau Kubala, Felicitas	Grüne	nein	
Cramer, Michael	Grüne	nein		Kurth, Peter	CDU	nein	
Czaja, Mario	CDU	–		Frau Lange, Brigitte	SPD	ja	
Dietmann, Michael	CDU	nein		Frau Leder, Jutta	SPD	ja	
Doering, Uwe	PDS	ja		Lehmann, Rainer-Michael	FDP	nein	
Frau Dott, Minka	PDS	ja		Liebich, Stefan	PDS	ja	
Frau Dunger-Löper, Hella	SPD	ja		Dr. Lindner, Martin	FDP	nein	
Eßer, Joachim	Grüne	nein		Frau Dr. Löttsch, Gesine	PDS	ja	
Dr. Felgentreu, Fritz	SPD	ja		Lorenz, Hans-Georg	SPD	ja	
Frau Fischer, Heidemarie	SPD	ja		von Lüdeke, Klaus-Peter	FDP	nein	
Dr. Flemming, Bert	SPD	ja		Frau Matuschek, Jutta	PDS	ja	
Frau Flesch, Kirsten	SPD	ja		Matz, Martin	FDP	nein	
Dr. Flierl, Thomas	PDS	ja		Frau Meister, Sibylle	FDP	nein	
Frau Freundl, Carola	PDS	ja		Meyer, Christoph	FDP	nein	
Friederici, Oliver	CDU	nein		Frau Michels, Martina	PDS	ja	
Frau Dr. Fugmann-Heesing, Annette	SPD	ja		Mieczkowski, Wolfgang	FDP	nein	
Gaebler, Christian	SPD	ja		Momper, Walter	SPD	ja	
Gewalt, Roland	CDU	nein		Müller, Michael	SPD	ja	
Goetze, Uwe	CDU	nein		Frau Müller, Christa	SPD	ja	
Gram, Andreas	CDU	–		Mutlu, Özcan	Grüne	nein	
Frau Grosse, Burgunde	SPD	ja		Nelken, Michail	PDS	ja	
Frau Grütters, Monika	CDU	–		Frau Neumann, Ulrike	SPD	ja	
Dr. Gysi, Gregor	PDS	ja		Niedergesäß, Fritz	CDU	nein	
Frau Hämmerling, Claudia	Grüne	nein		Nolte, Karlheinz	SPD	ja	
Hahn, Axel	FDP	nein		Frau Oesterheld, Barbara	Grüne	nein	
Frau Harant, Renate	SPD	ja		Over, Freke	PDS	Enthaltung	
Dr. Heide, Manuel	CDU	nein		Pape, Andreas	SPD	ja	
Henkel, Frank	CDU	nein		Frau Paus, Elisabeth	Grüne	nein	
Frau Herrmann, Annelies	CDU	nein		Pewestorff, Norbert	PDS	ja	
Frau Hertel, Anja-Beate	SPD	ja		Frau Pop, Ramona	Grüne	nein	
Frau Hertlein, Jutta	SPD	ja		Rabbach, Axel	CDU	nein	
Frau Hildebrandt, Petra	SPD	ja		Radebold, Jürgen	SPD	ja	
Hillenberg, Ralf	SPD	ja		Frau Radziwill, Ülker	SPD	ja	
Frau Dr. Hiller, Gabriele	PDS	ja		Ratzmann, Volker	Grüne	nein	
Hilse, Torsten	SPD	ja		Reppert, Ralf	CDU	nein	
Frau Hinz, Delia	PDS	ja		Ritzmann, Alexander	FDP	nein	
Hoff, Benjamin-Immanuel	PDS	ja		Rzepka, Peter	CDU	–	
Hoffmann, Gregor	CDU	nein		Sayan, Giyasettin	PDS	ja	
Holtfreter, Bernd	PDS	–		Frau Schaub, Siglinde	PDS	ja	
Frau Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel	PDS	ja		Schimmmler, Bernd	SPD	ja	
Frau Hopfmann, Karin	PDS	ja		Schmidt, Erik	FDP	nein	
Jahnke, Frank	SPD	ja		Schmidt, Uwe	CDU	–	
Frau Jantzen, Elfi	Grüne	nein		Schruoffenegger, Oliver	Grüne	nein	

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Frau Dr. Schulze, Steffi	PDS	ja		Trapp, Peter	CDU	nein	
Frau Seelig, Marion	PDS	ja		Wambach, Matthias	CDU	nein	
Frau Seidel-Kalmutzki, Karin	SPD	ja		Wansner, Kurt	CDU	nein	
Frau Senftleben, Mieke	FDP	nein		Wegner, Kai	CDU	nein	
Frau Simon, Ingeborg	PDS	ja		Frau Weißbecker, Jutta	SPD	ja	
Spindler, Jan	PDS	ja		Wellmann, Karl-Georg	CDU	–	
Frau Spranger, Iris	SPD	ja		Wieland, Wolfgang	Grüne	nein	
Stadtkewitz, René	CDU	nein		Wieland, Ralf	SPD	ja	
Dr. Steffel, Frank	CDU	nein		Wolf, Harald	PDS	ja	
Steuer, Sascha	CDU	nein		Wolf, Udo	PDS	ja	
Dr. Stölzl, Christoph	CDU	nein		Wowereit, Klaus	SPD	ja	
Strieder, Peter	SPD	ja		Zackenfels, Stefan	SPD	ja	
Frau Ströver, Alice	Grüne	nein		Zimmer, Nicolas	CDU	nein	
Frau Dr. Tesch, Felicitas	SPD	ja		Zimmermann, Frank	SPD	ja	
Thiel, Volker	FDP	nein		Dr. Zotl, Peter-Rudolf	PDS	ja	
Frau Tietje, Claudia	SPD	ja					

Anlage 5

Druck

Namentliche Abstimmung

über Antrag der Fraktion der FDP, der Fraktion der CDU und der Fraktion der Grünen
auf Annahme einer Entschließung über Risikoabschirmung der Bankgesellschaft
– Drucksache 15/344 –

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Apelt, Andreas	CDU	ja		Dr. Jungnickel, Wolfgang	FDP	ja	
Atzler, Norbert	CDU	–		Dr. Kaczmarczyk, Walter	PDS	nein	
Dr. Augstin, Sonning	FDP	nein		Kaczmarek, Alexander	CDU	ja	
Frau Baba, Evrim	PDS	nein		Kittelmann, Peter	CDU	ja	
Frau Dr. Barth, Margrit	PDS	nein		Kleineidam, Thomas	SPD	nein	
Benneter, Klaus	SPD	nein		Klemm, Gernot	PDS	nein	
Böger, Klaus	SPD	nein		Frau Dr. Klotz, Sibyll-Anka	Grüne	ja	
Borgis, Michael	CDU	ja		Frau Kolat, Dilek	SPD	nein	
Frau Borsky-Tausch, Karla	SPD	nein		Krestel, Holger	FDP	ja	
Brauer, Wolfgang	PDS	nein		Krug, Günther	SPD	nein	
Braun, Michael	CDU	ja		Krüger, Marian	PDS	nein	
Brinsa, Ulrich	CDU	ja		Krüger, Werner	CDU	ja	
Buchholz, Daniel	SPD	nein		Frau Kubala, Felicitas	Grüne	ja	
Cramer, Michael	Grüne	ja		Kurth, Peter	CDU	ja	
Czaja, Mario	CDU	–		Frau Lange, Brigitte	SPD	nein	
Dietmann, Michael	CDU	ja		Frau Leder, Jutta	SPD	nein	
Doering, Uwe	PDS	nein		Lehmann, Rainer-Michael	FDP	ja	
Frau Dott, Minka	PDS	nein		Liebich, Stefan	PDS	nein	
Frau Dunger-Löper, Hella	SPD	nein		Dr. Lindner, Martin	FDP	ja	
Eßer, Joachim	Grüne	ja		Frau Dr. Löttsch, Gesine	PDS	nein	
Dr. Felgentreu, Fritz	SPD	nein		Lorenz, Hans-Georg	SPD	nein	
Frau Fischer, Heidemarie	SPD	nein		von Lüdeke, Klaus-Peter	FDP	ja	
Dr. Flemming, Bert	SPD	nein		Frau Matuschek, Jutta	PDS	nein	
Frau Flesch, Kirsten	SPD	nein		Matz, Martin	FDP	ja	
Dr. Flierl, Thomas	PDS	nein		Frau Meister, Sibylle	FDP	ja	
Frau Freundl, Carola	PDS	nein		Meyer, Christoph	FDP	ja	
Friederici, Oliver	CDU	ja		Frau Michels, Martina	PDS	nein	
Frau Dr. Fugmann-Heesing, Annette	SPD	nein		Mieczkowski, Wolfgang	FDP	ja	
Gaebler, Christian	SPD	nein		Momper, Walter	SPD	nein	
Gewalt, Roland	CDU	ja		Müller, Michael	SPD	nein	
Goetze, Uwe	CDU	ja		Frau Müller, Christa	SPD	nein	
Gram, Andreas	CDU	–		Mutlu, Özcan	Grüne	ja	
Frau Grosse, Burgunde	SPD	nein		Nelken, Michail	PDS	nein	
Frau Grütters, Monika	CDU	–		Frau Neumann, Ulrike	SPD	nein	
Dr. Gysi, Gregor	PDS	nein		Niedergesäß, Fritz	CDU	ja	
Frau Hämmerling, Claudia	Grüne	ja		Nolte, Karlheinz	SPD	nein	
Hahn, Axel	FDP	ja		Frau Oesterheld, Barbara	Grüne	ja	
Frau Harant, Renate	SPD	nein		Over, Freke	PDS	Enthaltung	
Dr. Heide, Manuel	CDU	ja		Pape, Andreas	SPD	nein	
Henkel, Frank	CDU	ja		Frau Paus, Elisabeth	Grüne	ja	
Frau Herrmann, Annelies	CDU	ja		Pewestorff, Norbert	PDS	nein	
Frau Hertel, Anja-Beate	SPD	nein		Frau Pop, Ramona	Grüne	ja	
Frau Hertlein, Jutta	SPD	nein		Rabbach, Axel	CDU	ja	
Frau Hildebrandt, Petra	SPD	nein		Radebold, Jürgen	SPD	nein	
Hillenberg, Ralf	SPD	nein		Frau Radziwill, Ülker	SPD	nein	
Frau Dr. Hiller, Gabriele	PDS	nein		Ratzmann, Volker	Grüne	ja	
Hilse, Torsten	SPD	nein		Reppert, Ralf	CDU	ja	
Frau Hinz, Delia	PDS	nein		Ritzmann, Alexander	FDP	ja	
Hoff, Benjamin-Immanuel	PDS	nein		Rzepka, Peter	CDU	–	
Hoffmann, Gregor	CDU	ja		Sayan, Giyasettin	PDS	nein	
Holtfreter, Bernd	PDS	–		Frau Schaub, Siglinde	PDS	nein	
Frau Holzheuer-Rothensteiner, Bärbel	PDS	nein		Schimmler, Bernd	SPD	nein	
Frau Hopfmann, Karin	PDS	nein		Schmidt, Erik	FDP	ja	
Jahnke, Frank	SPD	nein		Schmidt, Uwe	CDU	–	
Frau Jantzen, Elfi	Grüne	ja		Schruoffeneger, Oliver	Grüne	ja	

Familienname, Vorname			Fraktion	Familienname, Vorname			Fraktion
Frau Dr. Schulze, Steffi	PDS	nein		Trapp, Peter	CDU	nein	
Frau Seelig, Marion	PDS	nein		Wambach, Matthias	CDU	ja	
Frau Seidel-Kalmutzki, Karin	SPD	nein		Wansner, Kurt	CDU	ja	
Frau Senftleben, Mieke	FDP	ja		Wegner, Kai	CDU	ja	
Frau Simon, Ingeborg	PDS	nein		Frau Weißbecker, Jutta	SPD	nein	
Spindler, Jan	PDS	nein		Wellmann, Karl-Georg	CDU	–	
Frau Spranger, Iris	SPD	nein		Wieland, Wolfgang	Grüne	ja	
Stadtkewitz, René	CDU	ja		Wieland, Ralf	SPD	nein	
Dr. Steffel, Frank	CDU	ja		Wolf, Harald	PDS	nein	
Steuer, Sascha	CDU	ja		Wolf, Udo	PDS	nein	
Dr. Stölzl, Christoph	CDU	ja		Wowereit, Klaus	SPD	nein	
Strieder, Peter	SPD	nein		Zackenfels, Stefan	SPD	nein	
Frau Ströver, Alice	Grüne	ja		Zimmer, Nicolas	CDU	ja	
Frau Dr. Tesch, Felicitas	SPD	nein		Zimmermann, Frank	SPD	nein	
Thiel, Volker	FDP	ja		Dr. Zotl, Peter-Rudolf	PDS	nein	
Frau Tietje, Claudia	SPD	nein					

(A) Anlage 6

(C)

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

Grundstücksgeschäft (Nr. 2/2002 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte)

Das Abgeordnetenhaus stimmt der Detailvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Bankgesellschaft Berlin AG (Bankgesellschaft oder BGB), der Landesbank Berlin – Girozentrale – (LBB), der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank AG (BerlinHyp), der LPFV Finanzbeteiligungs- und Verwaltungs-GmbH (LPFV), der IBAG Immobilien und Beteiligungen AG (IBAG) und der Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH (IBG) zur Übernahme von Risiken der Bankgesellschaft aus den Tochtergesellschaften IBAG/IBG und LPFV – vorbehaltlich der Zustimmung der EU-Kommission – zu.

Zukunftsperspektive für die Bankgesellschaft Berlin AG – Begrenzung der finanziellen Risiken für das Land Berlin –

Das Abgeordnetenhaus von Berlin bekundet den festen Willen, die Restrukturierung der Bankgesellschaft Berlin AG im notwendigen Rahmen abzusichern.

(B) Mit der Verabschiedung eines Gesetzes zur Abschirmung der Risiken aus Immobiliengeschäften der Bankgesellschaft Berlin AG und deren Tochtergesellschaften und der dazugehörigen Detailvereinbarung muss gewährleistet sein, dass

- sichergestellt ist, dass das Land Berlin keine Risiken aus Garantievereinbarungen übernimmt, für die es keine zwingende rechtliche und wirtschaftliche Notwendigkeit gibt,
- die Durchführung des Restrukturierungskonzeptes für die Bankgesellschaft unter der obersten Prämisse steht, die Entstehung weiterer Risiken für das Land Berlin aus der zukünftigen Geschäftstätigkeit der Bankgesellschaft Berlin AG auszuschließen,
- von Seiten des Senats alles unternommen wird, um in der Vergangenheit erfolgtes Handeln zum Schaden des Landes Berlin in der Bankgesellschaft aufzudecken und alle juristi-

schen Schritte auf straf- und zivilrechtlicher Ebene eingeleitet werden, diesem nachzugehen und, wo immer möglich, Schadenersatz einzufordern,

- das Land Berlin anlässlich der nächsten Hauptversammlung der Bankgesellschaft die Zusammensetzung des Aufsichtsrats den neuen Mehrheitsverhältnissen anpasst. Im Kompetenzbereich des Vorstandsvorsitzenden der Bankgesellschaft soll ein Ressort „Management der Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ eingerichtet werden. Dieses soll innerhalb des Konzerns der Bankgesellschaft weitgehende und in enger Abstimmung mit dem Aufsichtsrat ausübende Befugnisse erhalten und Ansprechpartner des Landes im Rahmen der Ausübung der Informations- und Kontrollrechte des Landes sein,
- die Besetzung der Aufsichtsgremien der Landesbank Berlin so verändert werden, dass eine wirkungsvolle Kontrolle durch das Land Berlin gesichert wird. Das LBB-Gesetz und die Satzung der LBB sind gegebenenfalls anzupassen.
- alle Möglichkeiten geprüft werden, so genannte „Prominentenfonds“ unter dem Gesichtspunkt der Sittenwidrigkeit gegebenenfalls rückabzuwickeln und von den dafür Verantwortlichen Schadenersatz für den dem Land Berlin entstandenen Schaden einzuklagen,
- schnellstmöglich von Seiten des Senats alles unternommen wird, die Anteile des Landes Berlin an der Bankgesellschaft Berlin AG zu für das Land vertretbaren Bedingungen zu verkaufen. Dabei ist die IBB als eigenständige öffentlich-rechtliche Strukturbank aus der Bankgesellschaft herauszulösen. Insbesondere sind auch Modelle zur prozentualen Übernahme der Risiken durch zukünftige Investoren mitzuverhandeln und die diesbezüglichen Ergebnisse dem Abgeordnetenhaus darzustellen. Ziel der Verkaufsverhandlungen soll es darüber hinaus sein, zukünftig eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit der Bankgesellschaft zu ermöglichen, eine größtmögliche Anzahl an Arbeitsplätzen im Land Berlin zu sichern und das Land in Zukunft aus der Gewährträgerhaftung und Anstaltslast zu entlassen. Sollte dieses nicht kurzfristig realisierbar sein, muss eine Trennung der privatrechtlichen von den öffentlichen Teilen der Bankgesellschaft durchgeführt werden.

(D)